

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 27.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 6. Juli 1912.

Redakteur: A. Heutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Ucken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilarbeiterband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Mannesmut mit Vorbehalt.

Die „Rheinische Zeitung“, das Sozenblatt von Köln, wirft den christlichen Gewerkschaftsführern bezüglich ihrer Haltung im Gewerkschaftsstreit „Mannesmut mit Vorbehalt“ vor und leistet sich weiter noch folgende Verleumdungen: Die neuesten Vorgänge hätten bewiesen, „daß bei den gewerkschaftschriftlichen Führern die Vorsicht allemal der Tapferkeit besserer Teil ist“; nach Zürich „schlötterten den Helden also gleich die Knie“, und sie „flemten“ die Bischöfe demütig um Vergebung an“; die Veröffentlichung der Leitsätze zur Gewerkschaftsfrage der Fuldaer Bischofskonferenz vom Herbst 1910 habe gezeigt, „daß die christlichen Führer sich willenlos gebückt hatten und die neuen Fesseln ohne Widerrede trugen“. Mangelhaftigkeit, Feigheit und Charakterlosigkeit seien die hervorsteckendsten Eigenschaften der Gewerkschaftsführung.

Diese Verleumdungen widerlegen, hieße ihnen zuviel Ehre antun. Unsere Kolleginnen und Kollegen wissen, daß die Gesamtverbandsleitung bis jetzt noch kein Jota von dem Charakter und den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften preisgegeben, diese im Gegenteil stets entschieden verteidigt hat. Ihre Haltung im jetzigen Gewerkschaftsstreit ist hierfür der beste Beweis. Die Thesen der Fuldaer Bischofskonferenz enthalten nichts, was mit dem Charakter und den Grundsätzen der christlichen Gewerkschaften im Widerspruch stände. Sie richten sich überhaupt nicht an die christlichen Gewerkschaften, sondern an die konfessionellen Arbeitervereine. Von einem sich willenlos ducken und von neuen Fesseln kann darum auch keine Rede sein. Uebrigens sollte die „Rheinische“ doch nicht so unvorsichtig mit derartigen Verdächtigungen operieren. Mit viel größerem Recht könnten wir die Führer der „freien“ Gewerkschaften dieser den christlichen Führern angebotenen Eigenschaften bezichtigen. Kläglich wie die ersteren sich bei den Differenzen mit der Partei benommen haben, kann man sich kaum noch benehmen. Es wird wohl zweckmäßig sein, zu Nutz und Frommen unserer Gegner einiges aus der Geschichte der „freien“ Gewerkschaften wieder aufzufrischen.

Die Geschichte der „freien“ Gewerkschaften lehrt uns, daß diese einen ständigen Kampf um ihre Existenz gegenüber der Partei zu führen hatten. Sie vermochten sich nur dadurch zu halten, daß ihre Führer stets nach Lakeienart die Hand küßten, die sie schlug. Bis in die neunziger Jahre hinein waren die Führer der Partei dem Gewerkschaftsgedanken abgeneigt. Noch auf dem Parteitag zu Köln im Jahre 1893 betonte Bebel, die große Gefahr der Gewerkschaften liege darin, daß sie das große Ziel (lies das Endziel der Soziald., d. R.) aus dem Auge verlieren und der allgemeinen Bervollständigung des Klassenkampfgedankens Vorschub leisten. Den Genossen Legien, der das Korreferat hatte und die Gewerkschaften verteidigte, überschüttete der Genosse Auer mit Hohn und Spott. Die Gewerkschaften wurden derart mitgenommen, daß der Genosse Paul-Hannover ausrief: „Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gang der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden.“

Auch den Tarifgedanken vermochten die Gewerkschaften nur im Kampfe mit der Partei durchzusetzen. Welche Schwierigkeiten hat diese nicht vor allem den Buchdruckern gemacht. Schon bei dem Tarifabschluß von 1896 machten die radikalen Genossen heftige Opposition. In Leipzig kam es damals sogar zur Gründung einer Lokalorganisation der Buchdrucker. Die Tarifgegner genossen den besonderen Schutz der radikalen Parteipresse, vor allem der „Leipziger Volkszeitung“. Das Verhalten dieser charakterisierte der „Korrespondent“, das Organ des vater Buchdruckerverbandes, kürzlich noch wie folgt:

„Die „Leipziger Volkszeitung“ feierte damals förmliche Orgien der Verhöhnung der Buchdrucker und im Herunterreißen ihrer Führer. Den einen Tag wurden die Köpfe des Verbandsvorstandes auf Stangen aus den Fenstern in der Tauchaer Straße gesteckt, am andern mußte der Leipziger Gauvorstand zu dieser Fensterdekoration dienen, am dritten konnte die Menge die Häupter der Gehilfenvertreter zum warnenden Exempel schauen, am vierten baumelten die Stalpe der Redakteure des Verbandsorgans im Wind, und so weiter mit Grazie.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ war es ja auch, die ganz im Sinne der führenden radikalen Richtung in der Partei den Grundlag prägte: „zum Teufel mit den Tarifverträgen, wenn die, welche sie schließen, ihnen die bindende Kraft andichten, den hallenden Schrit des revolutionären Proletariats den bourgeoischen Bedenken der Vertragstreue zu Liebe auch nur eine Minute aufzuhalten.“

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre propagierten einige Führer der „freien“ Gewerkschaften aus taktischen Gründen den Gedanken der religiösen und parteipolitischen Neutralität. Selbst Bebel vertrat damals einen ähnlichen Standpunkt. Das rief aber wiederum die „Unentwegten“ in der Partei auf den Plan. Die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie, machte gegen diese Bestrebungen energig Front. Der radikale Parteiführer Ledebur hielt es sogar für nötig, ins Ruhrgebiet zu reisen, um in einer Reihe von Versammlungen den Neutralitätsbestrebungen entgegenzuwirken. Als nun gar die Radikalen auf dem Dresdener Parteitag den offenen Sieg davon trugen, da zeigten auch die freigewerkschaftlichen Neutralitätsverfechter „Mannesmut mit Vorbehalt“; sie bewiesen, daß bei ihnen „die Vorsicht allemal der Tapferkeit besserer Teil ist“ und darum kippten sie um. Die Neutralitätsbeteuerungen verstummten. Die Losung lautete nun: Formelle Trennung, ideelle Einheit.

Uebrigens hatten sich die tapferen Helden auch vorher schon trotz der scheinbaren Neutralitätsbestrebungen und trotz all der Züchtigungen, die ihnen aus Parteikreisen zuteil wurden, als gehorjame Kinder gezeigt. Sie hatten sich nicht nur „willenlos gebückt“, nein, trotz allem Vorhergegangenen proklamierte Bömelburg auf dem Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart im Jahre 1902: „Partei und Gewerkschaften sind eins!“ Zugleich beschloß der Kongreß den Sitz der Generalkommission von Hamburg nach Berlin zu verlegen, damit „die oberste Leitung der Gewerkschaften mit der obersten Leitung der Partei in engerer Fühlung (!! d. R.) als bisher komme.“ Die Führer trugen also nicht nur die ihnen auferlegten Fesseln, sie halfen selbst mit diese drückender zu gestalten. Sie gaben freiwillig ein Stück ihrer Selbstständigkeit preis.

Und wie war es weiter? Auch fernerhin war es die Partei, die in allen wichtigen Fragen, selbst in solchen, die die gewerkschaftliche Entwicklung im höchsten Maße beeinflussten, die Richtlinien bestimmte. Die wichtigsten Beschlüsse der Gewerkschaften stieß sie einfach um, wenn ihr agitatorisches Interesse dies erheischte. Es sei nur an die Fragen des Massenstreiks und der Maifeier erinnert. Den Generalstreik bezeichnete der Gewerkschaftskongreß von 1905 für undiskutabel. Man vertrat dort den Standpunkt, Generalstreik ist Generalunfug. In einer Resolution wurde die Arbeiterchaft vor der Aufnahme und Verbreitung solcher Ideen gewarnt. Gleich setzte wieder die Heze in der Parteipresse ein. Diese redete von „selbstgefälliger, strahlender Borniertheit“, die auf dem Kongreß stark hervorgetreten sei. Die Gewerkschaftsführer wurden als „Leisetreter“, „Diktatoren“, „Spießer“ bezeichnet. Der dem Kongreß folgende Parteitag in Jena hatte nichts wie einen Fußtritt für die Gewerkschaftsführer. Unter vollständiger Mißachtung der Interessen und Lebensbedürfnisse der Gewerkschaften diktierte er einfach die Empfehlung des Massenstreiks und machte dessen Anwendung beim Kampf um gewisse Volksrechte zur Pflicht. Die Führer der Gewerkschaften unternahmen noch einen schwachen Versuch, sich gegen diese Unterbutterung zur Wehr zu setzen. Auf einer Geheimkonferenz der Generalkommission mit den Gewerkschaftsvorständen machten sie ihrem gepreßten Herzen Luft und schimpften sich mal weidlich aus. Sie schilderten ihr Sklavendasein wie folgt:

„Selbstgefällige, strahlende Borniertheit“ hat die rote Rosa uns vorgeworfen. — „Fußritte ins Kreuz“ haben wir erhalten. — Man (die sozialdemokratische Parteipresse) hat versucht, die Gewerkschaftsmitglieder ihren Führern, die sie selbst erwählt haben, zu entfremden, man hat direkt versucht, sie aufzuheben gegen ihre Leiter. Man hat offiziell zum Disziplinbruch aufgefordert.“ (Müller.) — „Verschrumpfte Gewerkschaftsbeamtenbureaukratie“, „Pfennigsucher“, „Leisetreter“, „Diktatoren“, „Spießer“ hat man uns geschimpft! — „Seit 10 Jahren haben wir Gewerkschaftler uns beschimpfen, die schlimmsten Anschuldigungen über uns ergehen lassen müssen, ohne daß wir darauf geantwortet haben... Wir haben geschwiegen im Interesse der Einigkeit, wir haben uns prügeln lassen.“ (Deinhard.) — Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen, in ganz systematischer Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzuheben. (Sehr richtig!) Man hat ihnen gesagt: „Seht, das sind diese vollgefressenen Kerle, mit denen müßt ihr euch auseinandersetzen.“ (Bömelburg.)

(Protokoll der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände vom 19.—23. Februar 1906. Abschnitt: „Partei und Gewerkschaften.“)

Diese Neuerungen kamen zur Kenntnis der Öffentlichkeit durch die Veröffentlichung des Protokolls der Geheimkonferenz durch die Parteileitung, und gegen den Willen den Willen der Gewerkschaftsführer. Ein neuer Beweis dafür, wie diese in Parteikreisen eingeschätzt werden. Der Widerstand der Gewerkschaftsführer hielt nicht an. Er wurde auf dem folgenden Parteitag in Mannheim völlig gebrochen. Nach einem kläglichem Rückzug der Gewerkschaftsführer, die „ins Maulloch“ zurücksposten, bestätigte der Parteitag den Jenaer Beschluß.

Uebrigens gings mit der Maifeier. Die Gewerkschaften hatten sich auf dem Kölner Kongreß gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai gewandt, weil sie stets die Zeche zu bezahlen hatten. Der Parteitag in Jena aber beschloß „die allgemeine Arbeitsruhe als würdigste Form der Feier“ und machte es den Arbeitern und den Organisationen zur Pflicht, für diese einzutreten. Die Partei hatte diktiert, damit war für die Gewerkschaften die Sache erledigt. Sie hatten einfach den Mund zu halten und — zu zahlen. Zum Dank dafür gaben die Gewerkschaftsführer ein weiteres Stück ihrer Selbstständigkeit preis. Sie stimmten einer Resolution des Mannheimer Parteitages zu, die besagt, daß bei Aktionen, die Partei und Gewerkschaften gleichmäßig berühren, die Zentralleitungen beider Organisationen sich verständigen sollen, und die weiter betont, die gewerkschaftliche Bewegung müsse vom Geiste der Sozialdemokratie beherrscht werden.

Und welchen Dank haben die Gewerkschaftsführer hierfür geerntet? Zunächst bestehen die Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften aus der Massenstreiks-idee, aus der Maifeier und aus der von den Radikalen immer noch vertretenen Theorie vom Zusammenbruch der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und der baldigen endgültigen Erlösung des Proletariats erwachsen, auch heute noch fort. Die geflüchtete Herabsetzung der Gewerkschaftsarbeit durch den radikalen Flügel der Partei geht ebenfalls weiter. Es sei erinnert an Kautskys Buch „Der Weg zur Macht“, in dem er von der Symphusarbeit der Gewerkschaften spricht. Auch die „Leipz. Volksztg.“ behauptete nach dem neuesten Tarifabschluß der

Buchdrucker: Der Buchdruckerverband, diese mächtigste gewerkschaftliche Organisation, sei nicht imstande, auch nur die Verschlechterung der materiellen Lage der Buchdrucker zu verhindern, geschweige denn, deren Lage zu heben. Der Arbeiter erfahre so am eigenen Leibe, daß keine Macht der Welt, selbst nicht die Macht der gewerkschaftlichen Organisation, seine Lage in der kapitalistischen Gesellschaft dauernd heben könne. Daß derartige unwahre Auslassungen das Vertrauen zur Gewerkschaft untergraben und den Radikalismus fördern müssen, ist selbstverständlich. Im Frühjahr 1911 noch war es der Genosse Dr. Pannekoek, der unter Zustimmung der radikalen Parteipresse im Anschluß an den skandalösen Fall Zhle in Hamburg die Massen gegen die Gewerkschaftsführer aufpeitschte und den Grund der Entfremdung zwischen Masse und Führer in der verbürgerlichten gehobenen Existenz der letzteren erblickte. Was wunder, wenn schließlich die Massen bei jeder nicht nach ihrem Wunsch ausgegangenen Bewegung gegen ihre eigenen Führer revoltieren und diese in der gemeinsten und pöbelhaftesten Weise beschimpfen und verleumden? Der Beispiele, wo dies geschah, haben gerade die letzten Jahre nur zu viele gezeitigt. Und trotzdem haben sich die Gewerkschaftsführer unter das Joch der Partei begeben. Trotzdem glauben sie bei jeder Gelegenheit ihre unbedingte Zuverlässigkeit der Partei gegenüber bekennen zu müssen. Jene Führer, die es wagten, gegen den Stachel zu locken, die Charakterfestigkeit genug besaßen, eine andere wie die von der Partei zugelassene Meinung zu vertreten, wurden aus ihren Stellungen hinausgeworfen. Wir haben nie gehört, daß die Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften es gewagt hat, gegen deren Gefinnungsterrorismus ernstlich Front zu machen.

Ungeachtet dessen hätte die „Rheinische“ Veranlassung genug, vor der eigenen Tür zu kehren. Wenn der eine oder der andere der christlichen Führer auch mal zugestand, in der Form zu weit gegangen zu sein, in der Sache blieben sie stets fest. Kein Tipfelchen der bei der Gründung der christlichen Gewerkschaften aufgestellten Grundsätze und Richtlinien wurde von ihnen preisgegeben. Stets haben sie an der Selbständigkeit und Unabhängigkeit, an dem interkonfessionellen und nichtparteilichen Charakter der christlichen Gewerkschaften festgehalten. Das können die Führer der „freien“ Gewerkschaften von sich nicht behaupten. Trotz der ihnen von der Partei zuteil gewordenen unwürdigen und rücksichtslosen Behandlung haben sie die Unabhängigkeit ihrer Gewerkschaften preisgegeben und sie zu Agitationsfilialen und Rekrutenschulen der Partei degradiert. Sehe also die „Rheinische“ gefälligst mal in den eigenen Reihen nach dem Rechten.

Der Waffenstillstand im Gewerkschaftsstreit.

Bekanntlich hat der Papst durch seinen Vertreter in Deutschland, den Nuntius Frühwirth, den Wunsch ausgesprochen lassen, der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager, der durch die jüngsten Vorlesungen veranlaßt war, möge zum Stillstand kommen. Zugleich haben die in Hildesheim versammelten Bischöfe dem Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands mitteilen lassen, „daß der Gewerkschaftsstreit in ernste und wohlwollende Beratung genommen“ sei. Darauf erklärte die katholische Presse den „Waffenstillstand“. Wir haben auch vom Standpunkte der christlichen Gewerkschaften aus gar kein Interesse daran, daß der Streit sich in der bisherigen Form weiter hinzieht. Wir haben unseren Standpunkt entschieden und unzweideutig zum Ausdruck gebracht und damit getan, was wir tun mußten und tun konnten. Darüber hinaus konnten wir nicht gehen. Sollten die christlichen Gewerkschaften in ihrer Selbständigkeit und in ihrem Selbstbestimmungsrecht wieder angegriffen werden von irgend einer Seite, werden sie sich auch wieder zu verteidigen wissen. Das ist unser Standpunkt, den jeder, der die Dinge nicht durch eine Parteilichkeit ansieht, für durchaus korrekt anerkennen muß.

Nun ist es bemerkenswert, wie diese Wendung im Gewerkschaftsstreit von einem Teil der Tagespresse aufgenommen wird. Von den sozialdemokratischen Blättern sehen wir dabei ab, denen der ganze Verlauf der Sache fast unangenehm geworden ist, weil sie nicht auf ihre Rechnung kamen. Aber heute die sozialdemokratischen Zeitungen bezgl. der Beurteilung des Gewerkschaftsstreites verfolgt, trifft eine geradezu jammervolle Konfusion und Zerstückelung an. Aber auch in einigen bürgerlichen Blättern, dazu auch solchen, die unserer Bewegung durchaus nicht ablehnend gegenüberstehen, löst man auf Anschauungen, die auf eine große Unklarheit und Verwirrung der wackeligen Füße schließen lassen. So soll es auf kirchliche Einflüsse zurückzuführen und als eine Unterwerfung unter das „Schweigegebot Roms“ anzusehen sein, daß der Vorstand

des Gesamtverbandes die Abhaltung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses für unnötig und unzumutbar hielt. Dazu ist zunächst zu sagen, daß es für die christlichen Gewerkschaften weder ein „römisches Schweigegebot“ noch „kirchliche Einflüsse“ in dem gedachten Sinne geben kann. Sie fassen ihre Entschlüsse durchaus selbständig und lediglich von rein gewerkschaftlichen Erwägungen aus. Bereits in der Karwoche dieses Jahres hat der Ausschuß des Gesamtverbandes die Abhaltung eines Gewerkschaftskongresses in den Monaten September oder Oktober beschlossen; als Tagungsort sollte entweder Dresden oder Hannover in Betracht kommen. Dem Vorstande wurde es überlassen, Zeit und Ort festzusetzen. Alle Kombinationen, die auf der Stellung des Vorstandes des Gesamtverbandes zum Kongreß mit mehr Phantasie als Kenntnis und ruhiger Erwägung der Dinge aufgebaut werden, sind hinfällig. Ein evangelisches Blatt, das in Stuttgart erscheinende „Neue Tageblatt“, meint sogar (Nr. vom 21. Juni 1912), daß die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sich in einer sonderbaren Situation befänden. „Wenn der evangelische Teil der christlichen Gewerkschaften sich von Rom die Verhaltensmaßregeln vorschreiben läßt, würde er sich also der wirtschaftlichen Oberhoheit Roms unterstellen.“

Eine gute Antwort auf diese Kombinationen und Konstruktionen gibt ein evangelisches Mitglied des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der Kollege W. Gutschke, Geschäftsführer des Eisenerz-Eisenbahnerverbandes, in einem Teile der evangelischen Presse. Wir geben den Artikel hier wieder und bemerken noch, daß er voll und ganz unserer Auffassung entspricht. Gutschke schreibt: „In unserem evangelischen Lager sollte man doch endlich christliche Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine auseinanderhalten und unterscheiden lernen. Der römische Stuhl wendet sich weder in Ermahnungen und Verhaltensmaßregeln an die Adresse der interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften — das kann er gar nicht — sondern stets an die der kirchlichen Leitung unterstellten Arbeitervereine, oder sonst an die katholischen Arbeiter überhaupt, also auch an die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.“

So ist es auch im jetzigen Gewerkschaftsstreit gewesen. Sämtliche Verlautbarungen von Rom waren an die Adresse katholischer Korporationen gerichtet, die christlichen Gewerkschaften sind direkt garnicht genannt. Letztere fühlten sich aber indirekt getroffen und in ihrer Arbeit und Entwicklung bedroht. Darum nahmen sie im Interesse ihrer Selbsterhaltung zu den Vorlesungen Stellung. Sie protestierten deshalb als Angegriffene gegen die Verleugungen und Verdächtigungen der „Reinischen“, sie sagten in ihren öffentlichen Erklärungen noch einmal mit aller Deutlichkeit, was sie sind und was sie erstreben. Mehr zu tun, war ihnen nicht möglich. Denn ebensowenig wie den christlichen Gewerkschaften von Rom oder den katholischen Bischöfen Weisungen resp. Verhaltensmaßregeln erteilt werden können, ebensowenig können sie vom Papst oder den Bischöfen irgend eine Anerkennung, Genehmigung oder die Zurücknahme dieser oder jener Kundgebung verlangen. Dieser Standpunkt, der, nebenbei bemerkt, von dem Vorsitzenden eines christlichen Gewerkschaftsverbandes, der selbst evangelisch und Mitglied der national-liberalen Partei ist, in einem Schreiben an den Vorstand des Gesamtverbandes besonders scharf vertreten wurde, dürfte doch allgemein einleuchten. Von einer Unterordnung evangelischer Arbeiter unter die „wirtschaftliche Oberhoheit Roms“ kann jetzt und wird auch in Zukunft keine Rede sein.

Aus der hier geschilderten Sachlage erklärt sich auch der Beschluß der christlichen Gewerkschaften, im gegenwärtigen Stadium des Streites keinen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß abzuhalten, die Sache vielmehr für den Anfang Oktober in Dresden stattfindenden ordentlichen Kongreß zu verziehen. Nachdem der Ansturm der Berliner Hinterreppenspolitiker abgeklungen, nachdem die für die katholischen Arbeitervereine beider Richtungen, „München-Bladbach“ und „Eis Berlin“ maßgebenden kirchlichen Instanzen den Streitgegenstand der in der unterchiedlichen Stellung der genannten Vereine zu den christlichen Gewerkschaften besteht, in ernste und wohlwollende Behandlung genommen“, hätte ein Kongreß vor dem Bekanntwerden des Resultats dieser Verhandlungen keinen Zweck gehabt. Die christlichen Gewerkschaften haben selbstverständlich ein sehr großes Interesse daran, daß die fortgesetzten Beunruhigungen ihrer katholischen Mitglieder durch die katholischen Fachabteilungen und deren Görner und Helfer endlich aufhören.

Daß sich die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften infolge der Nichtabhaltung des außerordentlichen Kongresses absolut nicht in einer „eigenartigen Situation“ befinden, mag man daraus ersehen, daß der letzte Beschluß des Vorstandes des Gesamtverbandes einstimmig gefaßt wurde, und daß, was noch hinzugefügt sei, zwischen den evangelischen und katholischen Vorstandsmitgliedern des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften während des Streites der letzten Wochen in allen Fragen und zu jeder Zeit vollständige Uebereinstimmung besteht.

Das „Berliner Tageblatt“ macht evangelischen Führern in der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Vorwurf, sie wären vor Rom „ins Maulloch getrocknet“. Das genannte Blatt wird gut tun, die Psychologie von Schnorrern, die heute mit alten Kleibern, morgen mit Talg und Fellen und übermorgen mit faulen Industrieurteilen handeln, nicht als Maßstab für die Psychologie der christlichen Gewerkschaftsführer anzuwenden. Die christlichen Gewerkschaften mit ihren 360000 Mitgliedern bedeuten für uns ein Stück Lebensarbeit. Und im Ausschluß wie im Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ist kein Führer, der nur im entferntesten daran denkt, die Selbständigkeit der christlichen Gewerkschaften oder gar ihre Existenz preiszugeben. Im übrigen werden wir uns bei allen Maßnahmen leiten lassen von dem großen Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den 360000 Mitgliedern, von denen jedes einzelne im Kampf oder in mühsamer Kleinarbeit gewonnen werden mußte und nicht von den „guten Ratschlägen“, wie sie uns das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“ zur Zeit aus recht durchsichtigen Gründen heraus erteilen.

Soweit der Artikel des Kollegen Gutschke. Wir wollen noch folgenden Satz hinzufügen. Wenn einige bürgerliche Zeitungen jetzt von einem Nachgeben der christlichen Gewerkschaften schreiben, so entspringt der damit verfolgte Zweck wohl weniger gewerkschaftsfreundlichen Absichten; in vielen Fällen liegen die Absichten vielmehr auf einem anderen Gebiete. Darum möchten wir sagen: die christlichen Gewerkschaften lassen sich von hohen kirchlichen Stellen nicht in ihre Sache hineinreden, sie lassen sich aber nicht zum „Sturmschloß gegen Rom“ gebrauchen, wie es anscheinend manche Blätter gerne haben möchten. Sie wahren und verteidigen ihre gewerkschaftlichen Güter, mehr nicht.

Nochmals der Zusammenbruch der Tariffbewegung in Neumünster.

II. Jedes Unrecht schlägt seinen eigenen Herrn.

Die übrigen Fabrikanten Neumünsters hatten schon am Samstag, den 13. April, bekannt gegeben, daß, wenn bei Gebr. Hanjen die Arbeit nicht wieder aufgenommen würde, sie ihrerseits zu Arbeiterentlassungen schreiten würden. Dieses ist seit Dienstag, den 15. April, auch geschehen. Bis zum Ende der ersten Woche waren etwa 65 bis 70 pSt. der organisierten Arbeiterschaft ausgesperrt. Eine Anzahl Unorganisierte legte aus Sympathie mit den andern die Arbeit nieder. Es bestand nun seit Anfang der Bewegung die Abmachung zwischen den beiden Verbänden, die Bewegung auf der ganzen Linie durchzuführen. Also auch die Nichtgekündigten aus den Betrieben herauszuziehen. Diesem Wunsche der gesamten Arbeiterschaft Neumünsters stellte sich der „deutsche“ Textilarbeiterverband ablehnend gegenüber. Und trotzdem wäre dieses das einzig logische gewesen. Es handelte sich doch um eine allgemeine Tariffbewegung, der Tarif war doch überall abgelehnt worden. Nun sperren die Fabrikanten soviel Arbeiter aus, als sie eben entbehren konnten. Sie hielten noch soviel zurück, als sie brauchten, um die notwendigsten Arbeiten fertig zu stellen. Hier war es einfach ein Gebot der Selbsterhaltung, den Rest der Arbeiter herauszuziehen. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband befolgte diese Taktik jedoch nicht. Der Gauleiter Döbler-Hannover erklärte sogar, der Zentralvorstand des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes habe zur Gesamtbewegung noch nicht einmal Stellung genommen. Dazu kam, daß der „deutsche“ Verband alles tat, um seine Leute nutzlos zu machen. Während andere Verbände vor dem Streik die Arbeiter auf die eventuellen Schattenseiten aufmerksam machten, versuchte Herr Döbler-Berlin während des Streiks die Arbeiter vor den eventuellen Folgen des Streiks gruselig zu machen. Man hatte seitens des „deutschen“ Verbandes den Streikenden versprochen, bei Beginn des Streiks mit Flugblättern die Öffentlichkeit aufzuklären. Ferner würde man im Verbandsorgan die Angelegenheit ausführlich behandeln. Nur während der ersten Streikwochen geschah nichts von alledem. Selbst das sonst so redselige sozialdemokratische Parteiblatt für Neumünster brachte über die erfolgte Aussperrung kaum ein Wort.

Als die Arbeiter erkannten, ob solcher Taktik, ihre Führer zur Rede stellten, meinte der Gauleiter Döbler jenen ruhig, er habe deshalb nichts im Verbandsorgan veröffentlicht, um keine Streikbrecher heranzuziehen. Ebenso sei es nicht so leicht, ein Flugblatt in einer solchen Situation zu schreiben, dieses dauere Wochen. Darauf man aus der Versammlung heraus verständnisvoll rief: Monate.

Es waren außer den Streikenden von Gebr. Hanjen etwa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen von den einzelnen Betrieben ausgesperrt. Doch hat man es seitens des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes geflissentlich vermieden, auch nur einziges Mal eine allgemeine Versammlung der Aussperrten abzuhalten. Unter diesen Umständen mußte die Stimmung der Streikenden natürlich immer schlechter werden. Ebenso glaubten viele Aussperrte nicht mehr an irgend einen Erfolg der so schon begonnenen Bewegung. Es meldeten sich bei der Firma Hanjen Drachenfeld immer

mehr Arbeitswillige. Als nun die „Führer“ der „Deutschen“ in allen Versammlungen erklärten, es wäre ihnen gleich, ob die Arbeiter die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen wollten, da war schließlich die Bewegung nicht mehr zu halten.

Dieses erkannte in einer späteren Sitzung auch der Vorsitzende des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Hübsch-Berlin, an. Troßdem hatte weder Herr Hübsch noch Döbler oder Kogur den Mut, dieses den Leuten zu sagen, obwohl sie vom Bezirksleiter Denzinger von unserem Verband hierzu aufgefordert wurden. Man wollte eben alles auf die Arbeiter abwälzen und selbst die Hände in Unschuld waschen. Eine Taktik, die ja doch von der Arbeiterschaft nur zu deutlich durchschaut wurde. Schließlich beschloß eine sehr stürmisch verlaufene Versammlung der streikenden Arbeiter, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Man muß die vor Mut knirschenden Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes gesehen haben, um all den Groll zu begreifen, den die Organisation durch ihre Führer auf sie geladen hatte. Mit eigenen Augen haben wir gesehen, wie die Führer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Hübsch, Döbler und Kogur, von ihren eigenen Verbandsmitgliedern bedroht, und wie vor ihnen ausgespuckt wurde.

Schon während der ganzen Bewegung waren wir von Mitgliedern des „deutschen“ Verbandes gebeten worden, die Tarifbewegung doch nicht scheitern zu lassen; dem eigenen Verband trauten die Leute nicht. Sie hatten meist zu viel Erfahrung aus früheren Bewegungen. Eine größere Anzahl hatte in anderen Orten, speziell in Sachsen und in der Lausitz gearbeitet. Sie kannten ihren Verband von früheren Bewegungen aus.

Als nun der Streit bei Gebr. Hansen erledigt war, traten die Vertrauensmänner der Organisationen zusammen, um

die hierdurch geschaffene Lage zu beraten.

Nachdem man die traurige Stellungnahme des „deutschen“ Verbandes in dem Streit bei Hansen kannte, glaubte kein Mensch mehr an einen Erfolg in den anderen Betrieben. Zudem gab Herr Hübsch die Parole aus, unter keinen Umständen ein Hinübergreifen der Bewegung auf andere Betriebe. Uns war das ganze Verhalten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes während der ganzen Bewegung vollkommen rätselhaft gewesen. In anderen Bewegungen, die wir mit demselben Verband gemeinsam geführt hatten, hatte der betr. Verband ganz andere Töne gesunden. Da hagelte es meistens nur so von Angriffen auf die Unternehmer. Da wurden die Arbeiter aufgepeitscht, im Kampfe auszuharren. Da wurde, wenn die Niederlage schon in sicherer Aussicht stand, den Leuten noch von einem zu erlingenden vollen Siege gesprochen. Und in Neumünster? Genau das Gegenteil. In der Arbeiterschaft schwirrten Gerüchte, als sei der Streit bei Gebr. Hansen überhaupt nicht vom Vorstand des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes genehmigt gewesen. Sollte dieses zutreffen, dann hätten wir wenigstens eine Erklärung für die sonderbare Haltung dieses Verbandes während des ganzen Streiks. Schließlich mußte in der erwähnten Vertrauensmännerversammlung auf wiederholte Interpellation unseres Bezirksleiters Denzinger hin, Herr Hübsch-Berlin zugeben, daß der Streit bei Gebr. Hansen ohne Genehmigung des Vorstandes des „deutschen“ Verbandes ausgebrochen.

Der Geschäftsführer Kogur hatte die Bewegung, die zu einem allgemeinen Streik bezw. Aussperrung in ganz Neumünster führen mußte, angefangen, ohne sich die Zustimmung seiner Verbandsleitung zu sichern. Uns fehlen die Worte, um ein solches Verhalten gebührend zu brandmarken.

Nun war uns mit einem Schlage das so sonderbare Verhalten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes bezw. seiner Beamten während des ganzen Kampfes klar geworden. Deshalb erklärte der Geschäftsführer Kogur schon am 18. April dem Oberbürgermeister von Neumünster gegenüber: „Wir sind bereit, erschöpfend zu verhandeln, und mit kleinen Teilgeständnissen würden wir schon zufrieden sein. Von einem Tarif reden wir gar nicht mehr, den haben wir ja schon fallen gelassen.“

Darum konnte Herr Kogur auch in derselben Unterredung dem Herrn Oberbürgermeister sagen:

„Ich bin mir klar darüber, daß, wenn dieser Kampf auf andere Betriebe ausgedehnt wird und dadurch größeren Umfang annimmt, er mit einer Niederlage der Arbeiter enden wird.“

Mit solchen dummen Bemerkungen konnte man in diesem Moment nur die Interessen der Arbeiter schädigen. Doch konnte Herr Kogur ja schon die sichere Niederlage der Arbeiter voraussehen. Wußte er doch, daß sein Verband gewillt war, die schöne Bewegung verjümpfen zu lassen. Darum wollte man seitens des „deutschen“ Verbandes auch die Mitglieder in den anderen Betrieben nicht herausziehen. Darum zwang man anfänglich sogar die eigenen Mitglieder, auf die Webstühle ihrer ausgesperrten Kollegen zu arbeiten.

Eine ehrliche Organisation kann so niemals handeln, wie es der „deutsche“ Textilarbeiterverband in Neumünster getan hat. Gewiß, es kommen Situationen, wo auch unser Verband eine Bewegung nicht durchführen kann. Aber jedesmal haben wir soviel Ehrgefühl und soviel Mut besessen, dieses den Arbeitern gerade und offen ins Gesicht zu sagen. Unsere Leute haben dann auch jedesmal den Standpunkt des

Verbandes anerkannt, und der Verband ging ungeschmächt aus solchen Situationen hervor. In Neumünster ist jedoch in längerer Zeit an eine erfolgreiche Bewegung nicht zu denken. Die erbitterten Arbeiter haben zu einem großen Teile der roten Organisation den Rücken gekehrt. Es wird lange dauern, bis diese Leute wieder den Weg in die Organisation finden, die sie einmal verraten hat.

Welche Stimmung unter diesen Leuten herrschte, kann man daran ermessen, daß in einer Versammlung, wo die Belegschaften von zwei größeren Betrieben versammelt waren, wo kein Beamter irgend eines Verbandes anwesend war, die Leute, die zu 90 Prozent Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes sind, eine Entschliebung angenommen haben, in der unserem Verbands und seiner Leitung das Zeugnis ausgestellt wurde, während der ganzen Bewegung korrekt gehandelt zu haben, dagegen wurde das Verhalten des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes und speziell seines Zentralvorsitzenden Herrn Hübsch-Berlin sowie der Beamten Döbler-Hannover und Kogur-Neumünster entschieden verurteilt. Da unsere, in der betreffenden Versammlung anwesenden Mitglieder sich der Abstimmung enthielten, so kennzeichnet dieses förmliche Mißtrauensvotum aus den Reihen der eigenen Verbandsmitglieder nur um so greller die Stimmung, die in der Filiale des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Neumünster herrscht. Mit der Beendigung des Streiks war somit auch die ganze Tarifbewegung begraben. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden, ohne auch nur an irgend eine früher gestellte Forderung zu erinnern. Im „deutschen“ Textilarbeiterverband war man so wenig kampfesmutig, daß man wahrscheinlich sogar einem Kampfe um das Koalitionsrecht in diesem Augenblicke ausgemichen wäre, trotz der starken Mitgliederzahl. Als nämlich einige Vertrauensleute in der letzten Sitzung anfragen, wie man sich verhalten solle, wenn die Fabrikanten die Mitgliedsbücher forderten, da erklärte der Geschäftsführer Kogur, man solle dann irgend eine Ausrede erfinden. Also, man solle eventuell die Zugehörigkeit zur Organisation leugnen. Wirklich tapfere Helden diese Kogur und Genossen.

Wie sich

in Zukunft die Dinge in Neumünster gestalten

werden, läßt sich noch nicht übersehen. Jedenfalls wird die glückliche Durchführung einer Bewegung erheblich schwieriger sein wie bisher. Wir werden zwar jede vernünftige und durchführbare Bewegung zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse nach Möglichkeit mitmachen. Andererseits ist das Vertrauen weiter Arbeiterkreise zu der größten, in Neumünster führenden Organisation geschwunden. Auch hat sich aus den Reihen der früheren Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ein Lokalverein gegründet, mit dem in Zukunft auch in etwa zu rechnen ist. In der vorigen Nummer der „Textilarbeiterzeitung“ hatten wir bezgl. der obigen Bewegung noch geschrieben, das Tarifamt des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes habe den Neumünster'schen Mindestlohn tarif geprüft und sich mit der Aufstellung desselben einverstanden erklärt. Wir waren zu dieser Auffassung gekommen durch die Reden des Geschäftsführers Kogur-Neumünster, die derselbe in Gegenwart seines Zentralvorsitzenden Hübsch-Berlin und des Gauleiters Döbler-Hannover hielt. Hier hatte Herr Kogur erklärt, daß das Tarifamt den Tarifentwurf geprüft und sich mit der Aufstellung desselben einverstanden habe.

Wie nun aus den Verhandlungen anläßlich der Generalversammlung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Stuttgart hervorgeht, ist die obige Auffassung nicht richtig. Das Tarifamt hat die Tarifentwürfe zwar bekommen, sie jedoch nicht geprüft. Der Zentralvorstand des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes wußte zwar von der Bewegung in Neumünster, hat jedoch den Streik nicht genehmigt. Der Geschäftsführer Kogur läßt wegen des nicht geprüften Tarifes es ohne Genehmigung zu einem Streik kommen, der unbedingt zu einer Aussperrung in ganz Neumünster führen mußte. Nachdem dieses geschehen, prüft schließlich das Tarifamt den Tarif. Es bezeichnet denselben als undurchführbar. Der Zentralvorstand läßt nun den schon begonnenen Streik bezw. die Aussperrung so „gedämpft“ führen, daß sie unbedingt verloren gehen mußten. So der Gang der Dinge. Wahrschaftig, es herrscht „Ordnung“ und zugleich „vernünftiges Zusammenarbeiten“ in der „famosen“ Organisation, genannt „deutscher“ Textilarbeiterverband. Nur schade, daß die armen Arbeiter in Neumünster die Leidtragenden sein mußten.

Gewerkschaftliche Neuigkeiten aus Aachen.

In einem Flugblatt, das in der vergangenen Woche vom sozialdemokratischen Textilarbeiterverband und dem Gewerksverein Hirsch-Dunder herausgegeben wurde, wird Stein und Bein gesammelt über den bösen christlichen Textilarbeiterverband. Als Fehler einer elenden Verschleppungspolitik werden die Mitglieder unseres Verbandes beschimpft, die in der Lohnkommission mitarbeiteten. Vergewaltigungen der Minderheit werden die völlig freien Abstimmungen in den Kommissionssitzungen genannt. Solche Vorwürfe erheben dieselben Leute, die an andern Orten, sowohl auf gewerkschaftlichem als auf politischem Gebiete, mit dem rückwärtsloseten Terrorismus gegen Andersdenkende vorgehen. Warum nun diesen Spektakel?

Weil die Vertreter des christlichen Textilarbeiterverbandes es ablehnten, sich zum großen Schaden der gesamten Arbeiterschaft von Männern ins Schlepptau nehmen zu lassen, die zu jeder praktischen Arbeit unfähig sind.

Weil die Vertreter des christlichen Textilarbeiterverbandes die Genossen nach ihren bisherigen Leistungen im Aachener Bezirk richtig eingeschätzt haben. Um ehrliche Mitarbeit war es den Genossen bei der Aktion zur Regelung der Fragen: „Wöchentliche Lohnzahlung an die Weber“ und „der Abzüge für schnelllaufende Stühle“ überhaupt nicht zu tun. Erklärten doch Vertrauensleute des „deutschen“ Verbandes bei Beginn der Bewegung: „Seht soll der christliche Verband mal zeigen, was er kann.“

Hiermit ist wohl zur Genüge gesagt, daß es den Genossen nicht auf praktische Mitarbeit ankam, sondern, daß sie die feste Absicht hatten — in derselben skrupellosen Weise wie früher — im Trüben zu fischen. Gottlob kennen die Aachener Textilarbeiter ihre Pappenheimer zur Genüge, um sich durch solche Tricks nicht außer Fassung bringen zu lassen.

Daß den Genossen gegenüber die größte Vorsicht am Plage ist, wenn es sich um die Durchführung irgend einer Aktion handelt, beweist die allen gewerkschaftlichen Grundsätzen hohnsprechende Art, die vom „deutschen“ Verbande bei der Lohnbewegung in der Haarer Tuchfabrik Ende vorigen Jahres versucht wurde. Was sich dort der Geschäftsführer Kuhn vom „deutschen“ Verbande leistete, war einfach hahnebüchener Unsinn. Als Vertreter einer sich modern nennenden Gewerkschaft forderte dieser Mann eine Belegschaft, die nur zur Hälfte bezugsberechtigt organisiert war, bevor überhaupt der Arbeiterausschuß irgendwelche Verhandlungen mit der Firma gepflogen hatte, auf, am nächsten Tage unter Kontraktbruch die Arbeit niederzulegen. Wer eine solche anarcho-sozialistische Gewerkschaftsstatik vertritt, ist ein Schädling am Körper der deutschen Arbeiterbewegung und muß es sich gefallen lassen, wenn er nach den Angaben des Flugblattes von der Mehrheit „vergewaltigt“ wird. Leuten gegenüber, welche glauben, sich in Aachen jede gewerkschaftliche Karreite erlauben zu dürfen, kann kein anderes Mittel angewandt werden.

Aus dem sozialdemokratischen Schlagwörter-Bericht entnommen ist der Satz des Flugblattes, die acht christlichen Kommissionsmitglieder hätten sich „zu Fehlern einer elenden Verschleppungspolitik gemacht“. Es hat wohl selten eine Lohnkommission gegeben, in welcher die Vertreter des „deutschen“ und des Hirsch-Dunder'schen Verbandes ihre völlige Unfähigkeit so kraß bewiesen haben, als in der gewissen gemeinsamen Kommission hier in Aachen. Dieselben Leute, die in den jämmerlich besuchten öffentlichen Versammlungen in der „Zentralhalle“ ihrer Phantasie freien Lauf ließen, die dort in die Welt posauten, was sie alles vermöchten, kamen in die erste Sitzung der gemeinsamen Kommission, ohne überhaupt zu wissen, wie sie die vorliegenden Fragen anfangen sollten.

Trotzdem sie, wie es im Flugblatt, den Tatsachen widersprechend, heißt, die „Anreger der Bewegung“ sein wollen, kamen sie zu der ersten Sitzung, ohne jedes grundlegende Material zu besitzen. Sie überließen es in bekannter Weise den Vertretern des christlichen Verbandes, die notwendigen Vorschläge zur Vorbereitung der Bewegung zu machen. Im Stellen von undurchführbaren Anträgen waren allerdings die Herrschaften vor Hand, ohne auch nur im entferntesten sich über die Tragweite derselben klar zu sein.

Einer der „Klugen“ war nicht einmal imstande, einen mündlich gestellten Antrag fünf Minuten später auf Papier zu bringen, ohne demselben eine andere Deutung und Tragweite gegeben zu haben. Es mutet deshalb sonderbar an, wenn Leute, die keine Qualifikation zur praktischen Mitarbeit besitzen, die auch die selbstverständlichen Vernunftgründe in den Wind schlagen, von einer „Vergewaltigung“ der Minderheit reden wollen.

Daß die Kommissionsmitglieder des christlichen Textilarbeiterverbandes es ablehnten, solchen Leuten ein Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes, welches nicht an die Kommission, sondern an die Adresse des christlichen Textilarbeiterverbandes gerichtet war, auszuliefern, ist doch für vernünftig denkende Menschen sehr leicht verständlich. Wir halten in Aachen gewisse Leute auf Grund von Erfahrungen nicht nur zu jeder gewerkschaftlichen Dummheit, sondern auch zu jedem Streik, der sich gegen den christlichen Textilarbeiterverband richtet, fähig. Hierzu die Hand zu bieten, lehnen wir ab, umso mehr, als in der letzten gemeinsamen Kommissionsitzung die Vertreter des „deutschen“ als auch des Hirsch-Dunder'schen Verbandes die Antwort schuldig blieben, als ihnen vorgehalten wurde, daß wir keine Garantie dafür besäßen, daß nicht ein unredlicher Gebrauch von dem offiziellen Schreiben des Arbeitgeberverbandes gemacht würde. In Aachen ist es des öftern vorgekommen, daß von seiten des „deutschen“ Verbandes mit mündlichen und schriftlichen Äußerungen der Fabrikanten ein derartiger Gebrauch gemacht wurde, daß man zu der Auffassung kommen mußte, es sei darauf abgesehen gewesen, eine Bewegung kaputt zu machen, um nachher dem christlichen Verbande die Schuld daran aufhalsen zu können.

Da die Kommissionsmitglieder des christlichen Verbandes nicht zu denjenigen gehören, die sich ihre Messer selber wählen, wiederholen wir, was schon in der letzten Kommissionsitzung gesagt wurde. Wenn die Herrschaften nicht einsehen wollen, daß im modernen Wirtschaftsleben mit Vernunftgründen und nicht mit Phantastereien gearbeitet werden muß, müssen sie es sich gefallen lassen, daß die Majorität von ihrem Rechte Gebrauch macht. Will man sich der Majorität, welche für die Aachener Textilarbeiter das Mögliche herauszuschlagen will, nicht

jügen, so möge man auf Seiten unserer „Freunde“ nach Herzenslust spekulieren. Die Nachener Textilarbeiterchaft ist auf solche Manöver geschult, und das einzige, was die „Genossen“ und ihre treuen Fridoline, die Hirsch-Dunder, erzielen, ist, daß sie sich, wie schon so oft, noch mehr lächerlich machen.

Eine von 150 Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten besuchte Konferenz erklärte sich am 12. Juni einstimmig mit dem Vorgehen der christlichen Kommissionsmitglieder einverstanden. Insbesondere wurde die Ablehnung der Herausgabe des Schreibens des Arbeitgeberverbandes an den „deutschen“ und Hirsch-Dunderschen Verband allseitig gutgeheißen.

Nach Verlesung des Antwortschreibens des Arbeitgeberverbandes auf die gemachte Eingabe und nachdem unser Bezirksleiter Weber die Situation gezeichnet hatte, wurde einstimmig beschlossen, eine nochmalige Eingabe an den Arbeitgeberverband zu richten. In dieser Eingabe soll der Wunsch der Konferenz ausgedrückt werden, es möge eine mündliche Aussprache zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes und der Arbeiter über die beiden Punkte a) Einführung eines einheitlichen Lohnzahlungstages und b) Regelung des Abzuges für schnelllaufende schwere Beschäftigte stattfinden. Das Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes ist bereits eingegangen und wird die gewünschte Verhandlung in den nächsten Wochen stattfinden.

Soweit die gegenwärtige Situation. Am 26. Juni hatten die „deutschen“ und die „Hirsche“ eine „öffentliche“ Textilarbeiterversammlung, die dritte in ihrer Art seit der Bewegung, einberufen. Rechnet man die anwesenden Angehörigen anderer Berufe ab, so mag nur etwa der dritte Teil der eigenen Mitglieder der beiden Verbände der mit Tausenden von Flugblättern bekannt gemachten Versammlung beigewohnt haben. Dieses war die beste Antwort für die Arrangeure.

Geschimpft wurde, daß sich die Ballen bogen, wobei sich besonders der Geschäftsführer der Filiale Nachen des „deutschen“ Verbandes hervortat. Hoch und heilig wurde sich zum tausendsten Mal zugeschworen, nunmehr aber ganz sicher der Gerechtigkeit freien Lauf zu lassen und nach bestem Können — das Wollen ist bekanntlich schon 15 Jahre alt — zur Vernichtung des christlichen Verbandes beizutragen. Die Aktion war für die Kitz, wie schon so manche. Unsere Gegner haben auch bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, daß sie kein gemeinsames Arbeiten wollen, es sei denn, daß sich jeder unter die sozialdemokratische Fuchtel beugt. Soweit sind wir jedoch in Nachen noch nicht und werden wir dafür sorgen, daß es auch in Zukunft nicht dahin kommt.

Arbeiterinteressen können nur vertreten werden durch besonnenes Vorgehen und ehrliche, aufrichtige Zusammenarbeit. Das erstere sowohl wie das andere ist vorderhand in Nachen ausgeschlossen, weil unsere gewerkschaftlichen Gegner die Agitation gegen uns höher stellen als die praktische Gegenwartsarbeit.

Allgemeine Rundschau.

Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften wird am 6. Oktober und folgende Tage in der Hauptstadt des Königreiches Sachsen, in Dresden, abgehalten werden. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt worden:

1. Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.
2. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften, a) zu den politischen und geistlichen Kämpfen der Gegenwart, b) zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik.
3. Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung.
4. Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortsstellen in den christlichen Gewerkschaften.
5. Das Arbeitsrecht.
6. Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge.
7. Das Schieds- und Einigungsweesen.
8. Die Wohnungsfrage.
9. Erledigung von Anträgen.

Zu einer Würdigung der einzelnen Verhandlungsgegenstände wird sich später noch Gelegenheit finden. Zunächst möchten wir mit einigen Worten vom Standpunkte unseres christlichen Textilarbeiterverbandes unsere besondere Freude darüber ausdrücken, daß der Kongreß in Sachsen und zwar im Herbst stattfindet.

Daß die christlichen Gewerkschaften mit ihrem Kongresse nach Sachsen gehen können, ist zunächst ein Beweis dafür, daß der christliche Gewerkschaftsgedanke auch in dieser „roten Erde“ Wurzel gefaßt hat. Und zwar ist an der Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Sachsen in erster Linie unser Verband interessiert. Trotz aller Schwierigkeiten hat unser Verband im „roten“ Königreiche sich eine ansehnliche Position erworben, jedoch wir heute bereits drei freigestellte Kräfte für diesen Bezirk tätig haben. Sachsen ist ja der bedeutendste Textilindustriebezirk Deutschlands. Und wir geben uns der berechtigten Hoffnung hin, daß der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften namentlich die Agitation für unseren Verband beleben und diesem neue, dauernde Ergebnisse zuführen wird.

Aus diesem Gesichtspunkte heraus begrüßen wir auch den Zeitpunkt der Tagung. Wir hätten es im Interesse unseres Verbandes nicht gerne gesehen, wenn sich der Vorstand des Gesamtverbandes zur Abhaltung eines außerordentlichen Kongresses entschlossen hätte. Der hätte ja recht bald, also mitten in der agitationslosen Sommerzeit, und auch im Westen Deutschlands stattfinden müssen. Für unsere christliche Textilarbeiterbewegung hätte dann, vom agitatorischen Standpunkte aus gesehen, der Kongreß keinen besonders großen Wert gehabt. Denn zunächst hat ein Kongreß im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht die Bedeutung für uns als ein solcher, der mitten in einer textilindustriellen Domäne von der Bedeutung Sachsens stattfindet; und zweitens ist namentlich in den Sommermonaten die Agitation für unseren Verband besonders schwer.

Darum begrüßen wir es, daß bald nach unserer Verbands-Generalversammlung der Kongreß in Dresden tagt. Wir versprechen uns von ihm, daß er eine vorzügliche Einleitung für unsere große Herbsttagung sein wird und dieser im besonderen Maße die Wege zur sächsischen Textilarbeiterchaft ebnet. Unsere Leute werden schon dafür sorgen, daß die durch den Kongreß erzeugte Stimmung für unsere Bewegung nicht unnütz verfliegt. Wir hoffen und erwarten von ihm, daß er dauernd von Nutzen sein wird, nicht bloß für unseren Verband, sondern für die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung.

Der „deutsche“ Textilarbeiterverband, eine Rekrutenschule der Sozialdemokratie. Auf dem letzten Verbandsstage des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes in Stuttgart verlangte der Redakteur Krähig für den „Textilarbeiter“, das Verbandsorgan, unbeschränkte Freiheit in der Behandlung politischer, wirtschaftlicher und sozialer Tagesfragen im sozialistischen Sinne. Er liebe die Politik der Nagelschuhe. Der Vertreter des Verbandsausschusses, Wetterlein, pflichtete ihm bei; das Verbandsorgan müsse und dürfe alle Fragen nur im sozialistischen Geiste behandeln. Der Zentralvorsitzende Hübsch machte zwar eine kleine Einschränkung, der „Textilarbeiter“ sei doch ein Gewerkschaftsblatt, er müsse die gewerkschaftlichen Sachen in den Vordergrund stellen, die Behandlung politischer Tagesfragen müsse man der Parteipresse überlassen. Uebrigens habe der Zentralvorstand der Redaktion freie Hand gelassen bei der Propagierung des Sozialismus durch den „Textilarbeiter“. Uebrigens täte man ja noch mehr. Man weise in den Versammlungen immer auf die Notwendigkeit zum Anschluß an die sozialdemokratische Partei hin, man mache Agitation für die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratische Literatur.

Das Vorstandsmitglied Jädel war grundsätzlich mit seinen Vorgesetzten einer Meinung, nur forderte er mehr Vorsicht und Verschlagenheit bei der sozialistischen Agitation im Verbandsorgan. Man wolle doch auch Leute gewinnen, die nicht sozialdemokratisch seien. Er erinnerte an das Wort von Hebel, daß man ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr im sozialdemokratischen Geiste redigieren könne, ohne dabei das Wort Sozialdemokratie zu nennen. So müsse man es machen, mit Rücksicht auf die christliche Organisation.

Der ganze Zentralvorstand des „deutschen“ Verbandes ist sich also darin einig, daß der Verband eine Rekrutenschule für die Sozialdemokratie sein muß. Mögen sich unsere Leute draußen im Lande das merken. Die Unwissenden aufklären und den „deutschen“ Agitatoren die Heuchlermaske vom Gesichte reißen, wenn sie unter dem Deckmantel der Neutralität christlich gesinnte Arbeiter organisieren wollen.

Ein bezeichnendes Vorkommnis. Auf der in der vorhergehenden Woche in Stuttgart stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter machte der Redakteur Krähig seinem Zentralvorstande eine recht unsichere Szene, die nach den Berichten der sozialdemokratischen Presse auf der Generalversammlung eine „ziemliche Erregung“ verurteilte. Man kann nach den Presseberichten ja nur ahnen, was sich zugetragen hat, da diese zunächst die Zensur zu passieren haben, bevor sie in die Öffentlichkeit gelangen. Aber wer diesen Vorgang mit manchen anderen Dingen aus der „deutschen“ Textilarbeiterbewegung in Zusammenhang bringt, kann sich doch ein passendes Vieblein darauf machen. Die Dinge lassen sich nicht als eine rein sachliche Meinungsverschiedenheit oder als eine sachliche Kompetenzstreitigkeit abtun; sie rufen tiefer. Jedenfalls deuten sie darauf hin, daß an der Zentralstelle des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes recht eigenartige Verhältnisse herrschen.

Für den Zentralvorstand ganz unerwartet griff Krähig diesen scharf an. Er rebete von Diktatur. Man habe ihm die Ausübung seines parlamentarischen Mandats erschweren wollen. Er verlangt ungehinderte Stellungnahme der Redaktion zu den politischen Tagesfragen im sozialistischen Sinne. Namentlich war er mit der Taktik des Zentralvorstandes bei Lohnbewegungen unzufrieden. Er nimmt für den „Textilarbeiter“ das Recht in Anspruch, auch den Zentralvorstand angegriffen zu kritisieren.

Dieser Angriff Krähigs erfolgte nach Buschleppermanier aus dem Hinterhalte, denn Köffel, der zweite Vorsitzende, stellte in scharfen Worten gegen Krähig fest, daß dieser dem Zentralvorstande gegenüber niemals von diesen Beschwerden und Forderungen gesprochen habe. Köffel, Jädel und Hübsch wandten sich alle scharf gegen ihren „liebenswürdigen Kollegen“ von der Zentrale. Hübsch meinte Klagen, daß der Zentralvorstand doch nicht unter die Diktatur der Redaktion geraten dürfe. Schließlich gab Köffel im Namen sämtlicher Mitglieder des Zentralvorstandes eine scharfe Erklärung gegen Krähig ab. Aber dieser versuchte, daß er von seinen Ausführungen auch kein einziges Wort zurücknehmen würde.

Der Vorgang ist bezeichnend, zunächst für die Zustände an der Zentrale des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, dann aber auch für die Person Krähigs. Wir wollen uns in den häuslichen Streit nicht einmischen; mögen sich die „führenden“ Kollegen an der Zentrale des „deutschen“ Verbandes in Berlin verprügeln, mögen sie ihre „Einigkeit“ und „Geschlossenheit“, ihr „einträchtiges, parteigegenständliches Zusammenhalten“ ihren Mitgliedern öfters so vorführen, als es in Stuttgart geschah. Uns kanns recht sein; wir brauchen den „deutschen“ Sauf und Stank nicht zu schlichten.

Aber hervorzuhelien ist doch, daß Krähig auf der Generalversammlung den Zentralvorstand wegen seiner Taktik bei Lohnbewegungen angriff und dafür sogar die Freiheit der offenen Kritik verlangt. Vor einigen Jahren hat er seinen Zentralvorstand in ähnlicher Weise im „Textilarbeiter“ angegriffen. Als wir ihn daraufhin festnagelten, suchte er zu schwenken. Wenn selbst der Redakteur des eigenen Verbandes die Taktik seines Zentralvorstandes für falsch und unglücklich und für so verderblich für die Arbeiterchaft hält, daß er das Recht der Kritik im eigenen Verbandsblatt dafür fordert, dann kann der „deutsche“ Zentralvorstand uns berechtigter Weise keinen Vorwurf daraus machen, wenn wir diese Taktik unter die Lupe nehmen. Der Angriff Krähigs ist eine Rechtfertigung für unsere Kritik, die wir manchmal an der Taktik des Zentralvorstandes des „deutschen“ Verbandes üben mußten. Wenn sein Ansehen und seine Autorität in Mitgliederkreisen einen Stoß erleiden, dann hat er das ihm sehr nahestehenden „Kollegen“ zu verdanken.

Nun können wir zwar nicht glauben, daß es Krähig mit seinem Angriff aus dem Hinterhalte um die Sache zu tun war. Wir kennen die Eigenschaften dieses Mannes. Er weiß, wohin er will, sein Ausfall auf der Generalversammlung war wohl überlegt und vorher berechnet. Er gefällt sich gerne in der Rolle des Hyperradikalen, um zu seinem Ziele zu gelangen. Sein Hinweis auf seine Liebe für die „Politik der Nagelschuhe“ zeigt den Menschen in seiner ganzen Veranlagung und in seinem Streben. Nach seinen mündlichen und schriftlichen Auslassungen zu urteilen, hat er eine Meinung von der Wichtigkeit seiner Person, die in einem schreienden Mißverhältnis zu seinem wirklichen Werte steht. Nun scheint ihm das Reichstagsmandat den letzten Rest von Selbsterkenntnis vollständig genommen zu haben.

Gewerkschaftsbeiträge und Steuererklärung. Eine für die organisierten Arbeiter Preußen recht bemerkenswerte Entscheidung fällt das Oberlandesgericht in Düsseldorf. Während das Landgericht den Abzug von Gewerkschaftsbeiträgen vom Einkommen bei der Steuererklärung für unstatthaft bezeichnet hatte, stellte sich das Oberlandesgericht auf den Standpunkt, daß dies sehr wohl statthaft sei. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Wenn der Vorderrichter bemängelte, daß Beschlagter jährlich 52 M. zur Gewerkschaftskasse zahle, was zur Bestreitung des Unterhaltes nicht erforderlich sei, so wird dabei der Begriff des Unterhaltes verkannt. Dieser umfaßt den ganzen Lebensbedarf (§ 1610 Abs. 2 B. G. B.) einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Beschlagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität dadurch erlangt, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar erhöhen. (§ 1610 B. G. B.: Das Maß des zu gewährenden Unterhalts bestimmt sich nach der Lebensstellung des Bedürftigen, standesgemäßer Unterhalt. — Der Unterhalt umfaßt den gesamten Lebensbedarf, bei einer der Erziehung bedürftigen Person auch die Kosten der Erziehung und der Vorbildung zu einem Berufe.)“

In dem vorliegenden Fall handelt es sich um einen Buchdrucker, und das Urteil nimmt auf die Verhältnisse im Buchdruckergewerbe Bezug. Das hierüber Gesagte trifft aber auch auf die übrigen Berufe zu. Auch in diesen ist die Leistung von Gewerkschaftsbeiträgen „zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung“ erforderlich. Unsere Kollegen und Kolleginnen mögen also danach handeln und sich eventuell auf das Urteil des Oberlandesgerichts berufen.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben wieder ein Jahr einer äußerst kümmerlichen Entwicklung hinter sich. Das geht hervor aus dem Jahresbericht, den der „Gewerksverein“, das Zentralorgan dieser Organisationsrichtung, in seiner Nr. 48 vom 15. Juni bringt. Darnach zählte der Verband der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine am Schlusse des Jahres 1910 122 571 Mitglieder, am Schlusse des letzten Jahres jedoch nur noch 107 743 Mitglieder. Dieser Rückgang von rund 15 000 Mitgliedern ist zurückzuführen auf den Austritt des Verbandes der Kaufleute aus dem Verbands der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine. Die dem Verbands noch verbleibenden Organisationsen nahmen zusammen ganze 3557 Mitglieder zu.

Das ist eine außerordentlich dürftige Entwicklung, die beweist, daß die Hirsch-Dunderschen Berufsorganisationen jede Werbekraft eingebüßt haben. Der „Gewerksverein“ kann sich auch nicht des Gufens erwehren, daß „diese Vermehrung der Mitgliederzahl im ganzen eine viel zu geringe ist“. Die Ursachen dafür sieht das Blatt darin, daß „die sozialdemokratischen und christlichen Organisationen wenig wählerisch in den Mittelern sind, die in den Gewerksvereinen organisierten Mitglieder an sich zu reißen“. Das ist nun doch ein recht magerer und einfältiger Grund für den Krebsgang der „Hirsche“. Aber der „Gewerksverein“ ist schon zufrieden, daß sich seine Organisationen im vergangenen Jahre „behalten“ haben, und er tröstet sich über die Situation mit der Meinung hinweg, daß sich immer deutlicher zeige, „wie die gegnerischen, im Dienste parteipolitischer Bestrebungen stehenden Organisationen genötigt sind, in den Fragen der gewerkschaftlichen Praxis den Standpunkt der Gewerksvereine einzunehmen“. Wir wollen den „Gewerksverein“ in diesem tröstlichen Glauben nicht

fören, im Gegenteil; vielleicht sind auch Arbeiterkreise derselben Meinung und halten deshalb die Gewerksvereine für — überflüssig.

Der Fretsbang der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine wird am deutlichsten gezeigt, wenn man die Entwicklung in einem Zeitraum von 10 Jahren zurück verfolgt. Dann geht die Kurve der Mitgliederziffern stark nach unten.

Der Hirsch-Duncker'sche Gesamtverband zählte Mitglieder:

Table with 4 columns: Year, Members, Year, Members. Data for years 1903-1907 and 1908-1912.

In einem Jahrzehnt der beispiellosesten Entwicklung, in einer Zeit, da die „frei“ gewerkschaftlichen Organisationen von 887 000 Mitgliedern auf rund 2 Millionen gewachsen sind, die christlichen Berufsverbände ihre Mitgliederzahl von 91 000 auf 345 000 Mann verstärkten, „wuchsen“ die Hirsch-Duncker von 110 000 auf — 107 743!

Ueber die Entwicklung der einzelnen Gewerksvereine im Jahre 1911 folgende Uebersicht:

Table with 5 columns: Category, Members 1910, Members 1911, Change, Members 1910, Members 1911. Lists various worker groups like Metallarbeiter, Fabrikarbeiter, etc.

Zusammen 122571 | 107743 | -14828 | 1912571,84 | 1656227,19

Man beachte besonders den Rückgang des S.-D. Textilarbeiterverbandes um 866 Mitglieder.

Der Vermögensbestand der Gewerksvereine gestaltete sich (ohne Verband der Kaufleute) am 31. Dezember 1911 wie folgt:

Table with 2 columns: Category, Amount. Hauptkasse 1479185 M., Nebenkasse 210355 M., Total 1689540 M.

Zu diesem eigentlichen Gewerksvereinsvermögen können noch die Bestände der Krankenkassen und Begräbniskassen gerechnet werden. Diese sind besondere Kasseneinrichtungen, deren Gelder nicht für die eigentlichen gewerkschaftlichen Zwecke verwendet werden dürfen.

Table with 2 columns: Category, Amount. Krankenkasse 1250802 M., Begräbniskasse 1333009 M., Total 2583811 M.

Die Einnahmen der berichtenden Gewerksvereine betragen 2623 213 M., die Ausgaben 2304 288 M.

Alles in allem kann man sagen, daß die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine kein lebensfrohes und hoffnungsfreudiges Dasein führen. Für ihre Richtung ist der Boden innerhalb der deutschen Arbeiterschaft nicht geeignet.

Mehr politische Betätigung der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine. Mit noch innigerem Anschluß an den Linksliberalismus wollen die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine ihre im Erlöschen begriffenen Lebensgeister wieder auffrisken. So bringt die „Saale-Zeitung“ vom 15. Juni folgende Notiz:

„In führenden Kreisen der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine gewinnt man, wie in der neuesten Nummer des Organs des Gewerksvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter (S.-D.) geschrieben wird, mehr und mehr die Erkenntnis, daß ohne engste Anlehnung an die politischen Parteien Fortschritte in der Befestigung auf sozialpolitischen und gewerkschaftlich-wirtschaftlichem Gebiete nicht zu erlangen seien. Auch die deutschen Gewerksvereine müßten diesem Zeitgefolge folgen; es sei für sie keine Frage, welche der politischen Parteien ihnen am nächsten steht: das sei der entschiedene Liberalismus, wie er sich am unzweifelhaftesten in dem Programm der Fortschrittlichen Volkspartei darstelle, und es liege für die überzeugten Gewerksvereiner die Versuchung nahe, mit dieser Partei einen Verschmelzungsprozess nach sozialdemokratischem oder christlichem Muster einzuleiten. Der Vertreter des Artikels meint aber, zu einer solchen Verschmelzung wäre aus mehr praktischen Gründen nicht zu raten. Derselbe Effekt, vielleicht in noch höherem Maße, lasse sich erreichen, wenn sich die Mitglieder der Organisation der Fortschrittlichen Volkspartei ihres Ortes als Mitglieder anschließen würden. Wo kein derartiger Verein bestünde, sollte sein Zustandekommen mit allem Eifer betrieben werden.“

Also zu einer direkten Verschmelzung mit den Parteien des „entschiedenen Liberalismus“ soll es noch nicht kommen, dagegen sollen die Mitglieder der Gewerksvereine sich den Organisationen dieser Parteien anschließen. Praktisch wäre dann nicht ganz viel geändert. So viel wir sie kennen, gehören heute schon die führenden Leute der Gewerksvereine ausschließlich den Parteien des „entschiedenen Liberalismus“ an, im Interesse dieser Parteien

sind die Gewerksvereine gegründet worden und für sie haben die Gewerksvereine im Laufe der Jahrzehnte unermüßlich gearbeitet. Bei den letzten Reichstagswahlen haben in mehreren Bezirken unseres Vaterlandes Ortsvereine der Hirsch-Duncker den „entschiedenen Liberalismus“ und auch den Sozialismus in einer Weise unterstützt, daß man kaum unterscheiden konnte, ob es sich um eine gewerkschaftliche Wahlzelle oder um einen parteipolitischen Klub handelte.

Nur wäre mit einer großen Lüge endlich aufgeräumt, wenn die Organe der Gewerksvereine nicht mehr mit der Phrase von den „einzigen neutralen Gewerksvereinen“ hausieren gingen.

Aus Saarabien. Nicht nur auf die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen müssen die „Gelben“ verzichten, nur zu oft geben sie mit dem Beitritt zu den Gewerksvereinen auch ihre politische Ueberzeugung preis. Das ergibt sich so recht aus einem Paragraphen, den der Werkverein der Neunkirchner Hütte (Saargebiet) in sein Statut aufgenommen hat. Er lautet:

„§ 20. Der Vorstand beschließt durch außerordentliche Mitgliederversammlung, welcher Partei die Stimmen seiner Mitglieder bei politischen oder kommunalen Wahlen übertragen werden. Sämtliche Mitglieder haben sich dem in der Versammlung gefaßten Beschlusse strikte zu unterwerfen. Bei Zuwiderhandlung tritt Art. 4 § 9 der Statuten (b. h. der Ausschluß aus dem Verein) in Kraft.“

Einen brutaleren Gesinnungsterrorismus kann man sich kaum noch denken; denn das Gros der Mitglieder ist doch zweifellos nur dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, dem Werkverein beizutreten. Diesem Terrorismus vermögen die Arbeiter höchstens bei den Reichstagswahlen, nicht aber bei den Landtags- und Kommunalwahlen zu entgehen, weil bei diesen in Preußen die Abstimmung ja eine öffentliche ist. Ist es angeht dessen zu weit gegangen, wenn man Arbeiter, die sich der Konsequenzen bewußt, aus eigenem Antrieb solchen Werkvereinen anschließen, der Gesinnungs- und Charakterlosigkeit bezichtigt? Gewiß nicht. Ein anständiger Arbeiter rückt von solchen Leuten möglichst weit ab.

Wo sie am Nuder sind! Bittere Erfahrungen haben nach der „Leipz. Volksztg.“ die schweizerischen Sozialdemokraten mit ihren in der Regierung sitzenden Genossen gemacht. Von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Zürich jagt das Blatt:

„Bei den Streikdebatten im Landtage (Kantonsrat) wurde er von den Bürgerlichen ob seiner Ruhe und seiner Energie — gegen die Streikenden in den Himmel erhoben, und der liberale Stadtpräsident konnte den Scharfmachern erfreut mitteilen, daß der Polizeivorstand sofort am Tage des Streikausbruchs die Polizisten zum Schutz „einwoiger“ Arbeitswilligen aufgebieten (also eine Provokation der Streikenden unternommen), daß er sofort den Sicherheitsdienst eingeschränkt und alle entscheidenden Kräfte den Unternehmern zur Verfügung gestellt, sowie, daß er alsbald nach den ersten Belästigungen der Streikbrecher bei der Regierung um Verstärkung der Polizei nachgesucht habe! Das alles verlas der Stadtpräsident aus einem antiken Schreiben, das ihm der sozialdemokratische Polizeivorstand selber geschrieben!“

An Schneid könnte demgemäß der sozialdemokratische Polizeipräsident selbst der preussischen Polizeibehörde noch als Vorbild dienen. Immerhin! Die Genossen müssen es beim Malerstreik in Zürich — denn um diesen handelt es sich in erster Linie — wirklich bunt getrieben haben, wenn selbst ihr eigener Parteigenosse sich gezwungen sah, derart gegen sie vorzugehen.

Ähnliches berichtet die „Leipz. Volksztg.“ aus Basel. Dort habe der sozialdemokratische Präsident der Regierung, der zugleich Chef des Polizeiwesens ist, schon streikende Arbeiter auf Befehl eines Vorkämpfers (!) wegen „Belästigung von Arbeitswilligen“ zu schweren Bußen verurteilt! Weiter wird ihm vorgeworfen, daß er schon im vorigen Jahre beim Maurerstreik berittene Polizisten habe aufreiten lassen, noch ehe die Maurer offiziell in den Streit getreten waren. Zur selben Zeit habe er die Ausrüstung der Polizisten mit preussischen (Hu! Hu! D. R.) Revolvern mit einer Wärme verteidigt, die lebhaftes Entrüsten bei den Arbeitern auslöste. Den vielen Tausenden von Italienern in Basel verbot er, ein Plakat gegen den „Raubkrieg in Tripolis“ anzuhängen zu lassen, ein Plakat, von dem der „Vorwärts“ sagt, daß es „eher sentimental als beschimpfend“ gewesen sei.

Gegen dieses Vorgehen lehnen sich nun die Arbeiter auf, nachdem sie dem Uebelstand „jahrelang mit großer Geduld“ zusehau und auf Besserung gehofft haben. Die sozialdemokratischen Holzarbeiter Basels „flüchteten sich bereits in die Dessenlichkeit“ und protestierten dagegen, daß der Polizeipräsident allzusehr den Arbeiterfeinden entgegenkommt, daß er „direkt bürgerliche Anschauungen“ vertrete. Die „Leipz. Volksztg.“ schreibt ganz elegisch: „Es ist das alte Lied: Inmitten einer kapitalistischen Regierung ist ein Sozialdemokrat entweder zur Untätigkeit oder zum Aufgeben seiner Ueberzeugung verdammt.“ — Ja, ja; Theorie und Praxis sind halt zwei grundverschiedene Dinge. Grundverschieden vor allem in der Sozialdemokratie.

Wegen pflichtwidriger Handlung seines Amtes entbieten. In letzter Zeit hat ein Genosse Kinkel aus Göppingen von sich reden gemacht. Er wurde von den radikalen Göppinger Genossen anstelle des bisherigen revisionistisch gesinnten Landtagsabgeordneten Lindemann zum Kandidaten für die nächste Landtagswahl nominiert. Hiergegen machte die revisionistische Minder-

heit Front. Ihr Wortführer, Genosse Brückner, charakterisierte den Genossen Kinkel öffentlich wie folgt:

„Es gehe gegen Rechtlichkeit, Ehrbarkeit und Wahrhaftigkeit, wenn die Generalversammlung der Ortskrankenkasse dem Genossen Kinkel noch ein Vertrauensvotum ausstieße, nachdem dem Kontrolleur (der Ortskrankenkasse) Kinkel zahlreiche Verfehlungen nachgewiesen wurden. Die Zeiten seien vorüber, in denen man das Geder stehlen und den armen Leuten Schuhe daraus machen könne, um dann zum Heiligen gesprochen zu werden.“ Wenn die Genossen, welche Kinkel schon diszipliniert hat, sich solche Verfehlungen hätten zuschulden kommen lassen, wie er sie selbst begangen habe, dann wären sie ohne Gnade mit Schimpf und Schande aus der Partei ausgewiesen worden.“

Die Freunde Kinkels beriefen sich demgegenüber darauf, daß der Staatsanwalt das Verfahren gegen ihn eingeleitet habe. Das ist aber nur geschrien, weil Kinkel nicht als Beamter im Sinne des Strafgesetzbuches gelten könne. Nachdem sich der sozialdemokratische Krankenkassenvorstand geweigert hatte, gegen Kinkel vorzugehen, griff der Göppinger Gemeinderat als Aufsichtsinanz ein. Er beschloß mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen, Kinkel sofort ohne Kündigung seines Amtes als Krankenkassenkontrolleur zu entheben, weil er in zahlreichen Fällen Krankenscheine und Krankentransportzettel mit dem Kontrollvermerk „a. h.“ (zu Hause) versehen hatte, ohne auch wirklich die Kranken kontrolliert zu haben. Kinkel gibt allerdings an, er habe bei Hausleuten, Nachbarn usw. Erkundigungen eingezogen. Selbst wenn dies wahr wäre, so müßte das immer noch als eine recht sonderbare Art zu kontrollieren bezeichnet werden. Kinkel wird darum aller Voraussicht nach mit seiner Verächter an die Kreisregierung wenig Glück haben.

Aus unserer Industrie.

Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Mai

Berichtet das soeben herausgegebene Juniheft des „Reichs-

arbeitsblattes“. Die Baumwollspinnereien hatten im Mai nach den wenigen vorliegenden Berichten hinreichend zu tun; Veränderungen scheinen gegenüber dem Vormonate im allgemeinen nicht vorgekommen zu sein. Bayerische Berichte besagen, daß neue Abschlüsse infolge der ungewissen Lage der neuen Baumwollereien wenig oder garnicht zustande gekommen sind. Zum Teil wird übrigens dort über Arbeitermangel geklagt.

In der Baumwollweberei sind nach Mitteilungen des Verbandes schlesischer Textilindustrieller keine Veränderungen gegen den Vormonat zu verzeichnen. Die Vereinigung zur Wahrung der gemeinsamen Interessen der Webwarenfabrikation in Chemnitz und Umgebung bezeichnet die Beschäftigung in Webstoff-, Portieren-, Tischdecken usw. der Jahreszeit entsprechend als befriedigend. Gegen den Vormonat ist aber eine Verschlechterung eingetreten.

Die sächsische Wigognepinnerei hatte im Berichtsmonat noch ausreichend zu tun; es machte sich allerdings gegen den Vormonat eine kleine Abflauung bemerkbar. Bei den jetzt gestiegenen Stoffpreisen wird nur spärlich gekauft. Im weiblichen Personal ist, wie alljährlich in dieser Zeit, starker Mangel vorhanden. Die Kammgarnspinnereien hatten gut zu tun.

In der schlesischen Wolllwarenfabrikation sind gegen den Vormonat keine wesentlichen Veränderungen vorgekommen.

Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien berichtet über die Lage in wollenen Damenkleidstoffen, daß dieselbe gleichmäßig lebhaft war. Auch hier wird über Arbeitermangel seit längerer Zeit geklagt, und dieser findet seine Begründung in einem lebhaften Abfluß von Arbeitskräften in die benachbarte Stickerindustrie von Plauen.

Die Berichte aus der Tuchindustrie bezeichnen die Lage überwiegend als normal und befriedigend. Teilweise war der Beschäftigungsgrad flaut; auch ist zuweilen, gegenüber dem Vormonat und dem Vorjahr, eine leichte Besserung eingetreten. Besonders wird dies aus Schlesien gemeldet. Mangel an Arbeitskräften, besonders an Webern und Fadenanlegern, war bisweilen vorhanden. Die Lohnsätze blieben unverändert. In Chemnitz- und Buchshtädt war die Beschäftigung wieder annähernd voll befriedigend, doch hat gegen den Vormonat eine Verschlechterung stattgefunden, in erster Linie hervorgerufen durch ungenügenden Abfluß bei den Detailgeschäften, deren Lagerbestände meist noch sehr groß sein sollen.

In der schlesischen Seinenindustrie war das Warengeschäft sehr lebhaft. Die Spinnereien sind voll beschäftigt, können aber angesichts der sehr hohen Rohmaterialienpreise solche Preise, die irgend einen Gewinn versprechen, noch nicht erzielen. Wie im Vormonate wurde auch in diesem Monat über Arbeitermangel geklagt.

In der Krefelder Samt- und Seidenweberei war die Beschäftigung zufriedenstellend, wie im Vormonate, dagegen blieb die Lage der Samtbandindustrie sehr ungunstig, und vor dem Spätherbst dürfte keine Besserung zu erwarten sein.

In wollenen und baumwollenen Strickgarnen und Effeltgarnen war die Beschäftigung ziemlich lebhaft, soll aber gegen den Vormonat in Berlin etwas nachgelassen haben. Der Grund soll in der kalten Witterung des Monats liegen. Arbeitskräfte waren reichlich vorhanden.

In Strick- und Wirkwaren war die Beschäftigung im allgemeinen befriedigend, zum Teil lebhaft, da die Winteraufträge angefertigt werden müssen. Ein schlesischer

Bericht hebt hervor, daß an Fabrikarbeiterinnen noch immer Mangel herrscht, während Hausgewerbetreibende sich zahlreich anbieten.

In Schwab und Lütchen war die Lage im ganzen gut und gegen den Vormonat besser, da die Zwischenhändler und Großisten ihre Winteraufträge gegeben haben und noch einige Exportaufträge eingegangen sind.

Die sächsische Stickerei- und Spitzenindustrie zeigte nach einem Berichte des Fabrikantenvereins gegenüber dem Vormonat, in dem sie gut beschäftigt war, keine Veränderung. Es herrschte nach wie vor großer Arbeitermangel.

Die Hanfspinnereien und Windaftfabriken hatten nach der Mehrzahl der Berichte ausreichend zu tun; nur in einem süddeutschen Werke entsprach die Herstellung nicht der Nachfrage. Es herrscht zum Teil Mangel an brauchbaren Arbeitskräften, besonders an weiblichen.

Die Koffhaarspinnereien waren nach Mitteilung des Verbandes deutscher Koffhaarspinner ebenso wie im Vormonate sehr gut beschäftigt.

Nach den Berichten des Syndikats elsfässiger Rattendrucker waren die Stoffdruckereien nach wie vor ungenügend beschäftigt. Eine Färberei für Wollwaren bezeichnet die Geschäftslage als ziemlich gut und etwas besser als im Vormonat. Auch hier war Mangel an Arbeitern zu verzeichnen.

Aus der Textilindustrie berichten 450 Betriebskrankenkassen mit 94766 männlichen und 112074 weiblichen Mitgliedern. Gegen den Bestand am 1. Mai ergab sich am 1. Juni eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder ohne Kranke (402 männliche, 133 weibliche).

Von 100 Mitgliedern nachstehender Verbände waren arbeitslos:

	Mitgliederzahl	Mai 1912	Mai 1911	April 1912
Textilarbeiter (G.)	140193	0,7	0,7	0,5
Textilarbeiter (Ch.)	40585	0,9	1,3	0,6
Textilarbeiter (S.D.)	6055	1,2	1,0	1,1

Ueber die augenblickliche Lage und die Aussichten der internationalen Baumwollindustrie

hat die bekannte Baumwollfirma W. & A. O. in Liverpool in den verschiedenen Ländern wiederum eine Umfrage veranstaltet, deren Ergebnis im großen und ganzen wie folgt ist:

In Nord- wie in Süd-Amerika sind die Spinner wie die Weber in ihrer Mehrzahl gut beschäftigt und teilweise bis auf 6 Monate hinaus mit Orders versehen. Auch die ferneren Aussichten werden als befriedigend bezeichnet. Was die augenblickliche Beschäftigung der deutschen Baumwollspinner wie Weber anbelangt, so sind beide Zweige im Durchschnitt 5 Monate unter Kontrakt, doch wird vielfach über unlohnende Preise geklagt, und auch die ferneren Aussichten werden als ungewiß bezeichnet. Obwohl in Oesterreich-Ungarn die Spinnereien 8 Monate mit den vorliegenden Orders zu tun haben, sind die Verkaufspreise noch immer wenig mühsam, und auch die Aussichten für die Zukunft wenig erfreulich. Dasselbe gilt von der österreichischen Baumwollweberei wobei noch zu bemerken ist, daß in beiden Fällen Bemühungen im Gange sind, um Betriebsbeschränkungen herbeizuführen. Die augenblickliche Lage der holländischen Baumwollspinnerei ist günstig, und auch die Aussichten werden als gut bezeichnet. Das Gleiche gilt auch von der dänischen Baumwollindustrie.

Nicht unbefriedigend sind die Berichte aus der Schweiz. Die Spinner wie die Weber sind durchschnittlich für ein halbes Jahr unter Kontrakt und bezeichnen auch im großen und ganzen die Aussichten als günstige. Nicht regelmäßig ist die Beschäftigung in den Baumwollspinnereien in Frankreich, auch bezüglich der Aussichten gehen die Meinungen weit auseinander. Ganz besonders unbefriedigend scheint die Lage in der französischen Baumwollindustrie zu sein, auch sind geringe Aussichten für eine Besserung vorhanden. Ungeviß ist die Zukunft der belgischen Baumwollindustrie, auch die augenblickliche Situation darf keine ungünstige genannt werden. Eine durchgreifende Besserung scheint sich in der spanischen Baumwollindustrie vollziehen zu haben, auch die ferneren Aussichten sind keine ungünstigen. Das Gleiche gilt auch von der portugiesischen Baumwollindustrie. Die italienischen Baumwollspinner und Weber haben die Krisis, welche in dieser Branche nun schon seit längerer Zeit besteht, nicht überwunden. Verminderter Bedarf nach der Türkei läßt auch weiterhin die Aussichten keineswegs als günstig erscheinen. Die gesamte russische wie polnische Baumwollindustrie macht schwere Zeiten durch. Die augenblickliche Beschäftigung in der Spinnerei wie in der Weberei, besonders aber in der letzteren, ist nur eine mäßige, und vorläufig sind auch keine Anzeichen für eine Besserung vorhanden.

Für Lage der deutschen Kammgarnspinnerei

wird geschrieben: Man kann erfreulicherweise feststellen, daß durch das ganze Wollgewerbe ein Zug größerer Vertrauen geht. Die Beschäftigung in der Kammgarnwebereien sowohl als auch in den Kammgarnspinnereien hat sich bisher in diesem Jahre besser gehalten als es anfangs des Jahres erwartet werden konnte. Da die Mode den färbenden reinen Merinokammgarntönen wieder größere Bevorzugung zchenkt und nur relativ geringe Lager existieren, darf man mit frühzeitigen Frühjahrsoberstellungen rechnen, so daß der Saisonübergang diesmal kaum bemerkbar werden dürfte. Eine recht zuverlässige Stimmung herrscht in den Kammgarnspinnereien. Bei diesen hat sich die Lage ent-

schieden gebessert, und zwar nicht nur was die Beschäftigung anbetrifft, sondern auch die Preise. Die Kammgarnspinnereien haben im März-April und jetzt im Juni wieder große und langfristige Aufträge hereinnehmen und dadurch ihre Preise nicht unwesentlich verbessern können. Sie befinden sich in dieser Hinsicht in einer weit günstigeren Lage als die Webereien. Viele Spinnereien sind fast bis Ende des Jahres ausverkauft. Diese gute Position hat man dem Umstand mit zu verdanken, daß auf allen Wollmärkten eine außerordentlich feste Stimmung die Oberhand bekommen hat. Die Berichte aus Australien über die Dürre lauten nämlich immer ernster; der Ausfall an Wolle in Australien wird heute schon auf 2- bis 300 000 Ballen geschätzt."

Aus dem Verbandsgebiete.

Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung.

Laut Bekanntmachung im Verbandsorgan hat der Zentralvorstand die Verbandsgeneralversammlung auf den 22. September und folgende Tage einberufen und die Mitglieder zur Diskussion aufgefordert. Ich möchte daher zu einigen Punkten meine Ansicht äußern. Zunächst zur Einführung der Lokalbeiträge. Als langjähriger Vertrauensmann und als Vorstandsmittglied glaube ich in dieser Sache aus Erfahrung sprechen zu können. Meine Ansicht ist, kurz ausgedrückt, diese: Keine Mehrbelastung unserer Mitglieder. Meines Erachtens steht unser Beitrag, im Verhältnis zum Einkommen, in einer durchaus angemessenen Höhe. Auch haben wir in Punkte Opferwilligkeit mit den andern Textilarbeiterverbänden Schritt gehalten, jene sogar teilweise überflügelt. Ueber die Einkastierung der Kartellbeiträge wissen die Vertrauensleute schon ein Nicken zu nicken. Wo aber soll das hinaus, wenn den Mitgliedern 5 oder 10 Pf. wöchentlich mehr abgefordert würden.

Man hält mir vielleicht entgegen: Mehr Aufklärung der Mitglieder in diesem Falle. Wo aber die Leistungsfähigkeit aufhört, findet die Aufklärung kein Gehör mehr. Mögen die Befürworter der Lokalbeiträge sich einmal unsern nicht beneidenswerten Standpunkt vergegenwärtigen. Eine erst im Aufblühen befindliche Ortsgruppe mit 40 bis 45% jugendlichen Mitgliedern, welche noch vieler Schulung bedürfen und bei keinem Verdienst ohnehin schon genug Beitrag zahlen, und uns gegenüber eine (wenn auch momentan bedeutungslos) Lokalorganisation mit ganz niedrigem Beitrag und hohen Unterstüßungssätzen. Soviel können wir ohne Ueberstrebung feststellen: Wenn Lokalbeiträge eingeführt werden, dann ist unsere ganze Agitation hier am Orte bis jetzt umsonst gewesen und für die Zukunft lahmgelegt, mithin wäre die jungaufstrebende Saat, welche die Agitationskommission mühevoll auf gewerkschaftlichem Boden gestreut hat, mit einem Schläge vernichtet. Der lachende Dritte wären dann hier die Lokalorganisierten. Der Frage der Lokalbeiträge möchte ich eine ebenso brennende Frage gegenüberstellen: Wie erhalten wir uns unsere Mitglieder? Der Generalversammlung möchte ich folgenden Vorschlag machen: Den Ortsgruppen 10% der Einnahmen als Haushaltsgeld zu überweisen, und für Ortsgruppen, welche hiermit nicht auskommen, Lokalbeiträge vorzuschreiben. Hierdurch könnte der Zentralkasse bedeutend mehr zugeführt und eine große Mitgliederflucht verhütet werden.

Zur Jugendfrage. Wäre es nicht angebracht, eine Beilage zu schaffen für die männliche Jugend, ähnlich der Beilage „Aufwärts“, welche von den Kolleginnen so bevorzugt wird? Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften sind uns in der Jugendlektüre weit voraus, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß auf diesem Gebiete für die männliche Jugend etwas geschehen muß, sollen nicht noch mehr den „freien“ Jugendvereinen sich zuwenden. Was den Kostentpunkt betrifft, glaube ich, daß die Agitationserfolge diesen wieder aufwiegen.

Jakob Sommer, Oberforstbach.

Schon wieder einmal werden wir Kollegen und Kolleginnen ersucht, zu der Einführung von Lokalbeiträgen in unserer Textilarbeiterzeitung das Wort zu nehmen. Dieser Aufforderung komme ich als Kollege um so lieber nach, als ich einer von den „Alten“ bin. Ich habe das Risiko meiner Kollegen und Kolleginnen nicht nur als stiller Zuschauer beobachtet, sondern bin auch selbst bei verschiedenen Anlässen mit dabei gewesen. Und was sagt da die Vergangenheit? Die Vergangenheit sagt uns, daß wir christlich organisierten Kollegen und Kolleginnen ganz anders hätten austreten können gegenüber den Unternehmern, wenn wir eine stärkere finanzielle Rückendeckung gehabt hätten. Wie manchesmal mügte mit kleinen Angeboten der Fabrikanten fürlieb genommen werden, weil die Mitglieder sich schenkten, jene materiellen Opfer zu bringen, die zur Schaffung einer wirklich finanzkräftigen, machtvollen Organisation nötig waren. Ähnlich liegen die Dinge auch heute. Was wollen wir armen Textilarbeiter und -arbeiterinnen gegenüber einem über ganz Deutschland fest zusammengeschlossenen Unternehmertum, wenn uns der Mut und die Freude fehlt, für unsere gerechte Sache die unumgänglich notwendigen Opfer zu bringen? Wie sind doch die Führer zu bedauern, die da im Moment der höchsten Spannung, wenn über Krieg oder Frieden entschieden wird, bekennen müssen, es geht nicht, wir können nicht streiken, uns fehlt die Macht, unsere Klasse ist zu schwach. Getrampel, Verwünschungen, Beleidigungen, ja noch mehr lösen solche Worte aus. Man redet von Verrat und wer weiß was, und doch, der Führer kann nicht anders reden, nicht er ist schuld an einer solchen Situation, sondern wir Arbeiter haben sie uns selbst geschaffen. Wir haben es verabsäumt, zeitig vorzugehen. Deshalb sage ich, so kann es nicht weiter gehen, es muß und soll anders werden. Wir christlich organisierten Arbeiter müssen uns darüber klar sein, daß ein Infragestellen unserer finanziellen Leistungsfähigkeit uns bedeutend mehr schädigen wird, wie sämtliche Unerbittlichkeiten der „Berliner“ und alle Verleumdungen und Angriffe der Gewerks. Nicht leistungsfähig sein, heißt eine Null sein.

Da ich aber nun nicht die Absicht habe, nur zu lamentieren und alles grau in grau zu malen, erlaube ich mir auch Vorschläge zu machen, die geeignet sind, unsere Zentralkasse um ein bedeutendes zu stärken, und zwar:

1. Es wird überall ein Lokalaufschlag von 10 Pf. erhoben.
2. Sämtliche Unkosten bei Versammlungen, Agitation usw., wie Reisepesen, Flugblätter, Saalmiete, Telefongespräche, Depeschen und was alles damit zusammenhängt, tragen die Ortsgruppen. (Bei Bewegungen trägt die Unkosten die Zentralkasse.)
3. Alle unsere Beamten sollen sich auf die unbedingt notwendigen Besuche in den Ortsgruppen beschränken.
4. Als arbeitslos wird nur betrachtet, wer ohne seine Schuld entlassen worden ist und keine Arbeit hat.
5. Die Karenzzeit für Kranken-, Arbeitslosen- und Reiseunterstützung wird von 52 auf 104 Wochen verlängert. Für die ersten 7 Tage gibt es keine Unterstützung.
6. Bei Streiks gibt es für die ersten 3 Tage keine Unterstützung.
7. Während des Streiks oder einer Aussperrung sind die Streikenden oder Aussperrten verpflichtet, Marken zu kleben.
8. Die Wächterinnenunterstützung fällt fort.
9. Die Ortsgruppen, welche eine starke Klasse haben, führen freiwillig einen Teil davon an die Zentralkasse ab.

Kollegen und Kolleginnen! Wenn wir in dem von mir angebotenen Sinne handeln, dann werden wir vorläufig ruhig in die Zukunft schauen können, auf wie lange, das kann keiner mit Gewißheit vorhersehen.

Nun wird der eine Teil der Kollegen und Kolleginnen kommen und sagen, ja das kann doch noch nichts nutzen, die Unterstützungen müssen ganz weg. Denen rufe ich zu: Eure Ansicht ist falsch! Sie ist falsch, weil ein großer Teil unserer Mitglieder überhaupt nicht in die Lage kommt, zu streiken; sie ist aber auch deshalb falsch, weil unsere Konkurrenzorganisation schon vor uns das Unterstützungssystem eingeführt hat, um die Fluktuation zu vermeiden, und unsere Organisation bei der Aufhebung der Unterstützungen einem Laubenschlag gleichen würde. Die andere Seite kommt und sagt, ja, es geht nicht, daß wir die Unterstützungen beschneiden, dann gehen uns die Mitglieder laufen. Denen rufe ich ebenfalls zu: Eure Ansicht ist falsch! Denn, wenn die Sache in dem von mir vorgeschlagenen Sinne gemacht wird, kommen auch jene, die keine Gelegenheit haben zu streiken, noch auf ihre Rechnung. Sollten aber Kollegen und Kolleginnen nur deshalb in der Organisation sein, um möglichst viele und hohe Unterstützungen ziehen zu können, dann sage ich, solche Kollegen und Kolleginnen haben den eigentlichen Zweck und das Ziel der Organisation noch nicht erkannt. Ebenso wenig haben auch die Zweck und Ziel der Organisation erkannt, die alle Unterstützungen abschaffen wollen, um nur möglichst schnell und oft eine Lohnbewegung machen zu können. Alle, die so denken, sowohl die ersteren wie die letzteren, bedeuten für unsern Verband eine große Gefahr. Der echte und rechte Gewerkschaftler strebt höheren Zielen zu, er weiß, daß er zu ihrer Erreichung große Opfer bringen muß. Fällt ihm auch schwer, er bringt sie doch gern in dem Bewußtsein, eine Saat auszukreuen, die tausendfältige Frucht bringen und den kommenden Geschlechtern noch zugute kommen wird. Deshalb rufe ich meinen Kollegen und Kolleginnen zu: Haltet stets das hehre Ziel im Auge und stolpert nicht über Kleinigkeiten, denn:

Hoch steht das Ziel,
Steil ist die Bahn,
Nur Opfermut
Trägt uns hinan.

Franz Lenders.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Blaidach.

Der Kampf erfolgreich beendet. In den letzten Wochen wurde die Allgäuer Arbeiterchaft in einer großen Spannung gehalten. In Blaidach war ein „wilder Streik“ ausgebrochen, d. h. in der dortigen Spinn- und Weberei haben über hundert Weber, ohne gewerkschaftlich organisiert zu sein, die Arbeit niedergelegt, um ihre miserablen Arbeitsverhältnisse zu bessern. Die Direktion war wie aus den Wolken gefallen ob der Tatsache, daß die Arbeiter, die bisher jeden Druck willig auf sich nahmen und schon oft sich mit billigen Versprechungen abfertigen ließen, nun Abschaffung einer Reihe von Mißständen und eine 10% Lohnerhöhung forderten. Auch diesmal wurden die Arbeiter von Seiten der Direktion mit nichts-sagenden Zugeständnissen zurückgewiesen, und legte deshalb die gesamte Arbeiterchaft in der Weberei die Arbeit nieder. Gleichzeitig erschienen in einigen Tageszeitungen Artikel, aus denen die Leser entnehmen mußten, daß die Arbeiter nur in frivoler Absicht die Arbeit niedergelegt haben.

Seitens des königlichen Bezirksamts Sonthofen gepflogene Einigungsverhandlungen scheiterten an den ungenügenden Zugeständnissen der Direktion. Doch die Arbeiterchaft verlor den Mut nicht, weil sie wußte, daß der Kampf gerecht war. Zunächst haben sich die Bürger und Geschäftsleute von Blaidach mit ihnen solidarisch erklärt. Da nun auch einige beteiligte Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, nahmen sich die Gewerkschaftssekretäre der Sache an und unterstützten die Arbeiter mit Rat und Tat. In dieser schweren Stunde sah einmal die Arbeiterchaft so recht die Wohltaten einer gewerkschaftlichen Organisation ein, und so schloß sich die gesamte im Auslande sich befindende Arbeiterchaft den Verbänden an, teilweise der christlichen, teilweise der sozialdemokratischen Organisation. Nunmehr ist die Bewegung durch nochmalige Verhandlungen, die bezeichnenderweise von der Direktion selbst gewünscht wurden, zu Ende. Die Webereiarbeiter haben sich einen schönen Achtungserfolg errungen, eine Lohnerhöhung von 5%. Ferner soll neben dem Krankenausschuß am Ende dieses Jahres ein besonderer Arbeiterauschuß am Gesetz gefest werden; auch soll in den Besätzen der Lohnstärk-

in augenfälliger Weise ausgehängt werden. Maßregelungen wegen Beteiligung an dem Streik dürfen nicht vorgenommen werden.

Diese Zugeständnisse wurden von der Arbeiterschaft als vorläufig befriedigend angenommen. Am Donnerstag, den 20. Juni, vormittags 1/8 Uhr, versammelte sich die im Ausstande befindliche Arbeiterschaft im Streiklokal und fünf Minuten vor 8 Uhr zogen sie dann geschlossen in Reich und Glied zur Fabrik, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Die übrige Arbeiterschaft, welche das alles mit angesehen hat, kann sich daran ein Beispiel nehmen. Auch sie wird nun erkennen, daß nur Einigkeit helfen kann.

Gronau i. N.

Eine Lohnbewegung mit glücklicherweise seltenen Begleiterscheinungen wurde hier selbst bei der Firma Gaydoul u. Co. geführt. Es waren verschiedene Mißstände in dem Betriebe vorhanden, um deren Abstellung sich der Arbeitsausschuß bemühte. Die Firma lehnte anfangs nicht nur eine Verhandlung mit dem Arbeitsausschuß ab, sondern erklärte später auch, daß jeder, der mit den Verhältnissen nicht zufrieden sei, sofort seine Entlassung nehmen möge. Das wurde denn von der Weberei-Belegschaft auch ohne Zögern besorgt und man fühlte sich in der feischen Luft bald recht wohl. Nun mußte natürlich der Verband eingreifen, den man aber vorher zur Einstellung der Arbeit nicht notwendig gehabt und gefragt hatte. Durch Verhandlungen und Beilegung einiger Mißverständnisse konnte dann auch der Streikfall beigelegt und die Arbeit nach 2 1/2 tägiger Dauer wieder aufgenommen werden; anscheinend zum besonderen Leidwesen mehrerer bei der Firma beschäftigter Anarcho-Sozialisten, die sich nicht zufrieden geben wollten.

Wenn es sich im vorliegenden Falle auch nicht um einen Kontraktbruch handelt, so kann doch das Vorgehen unserer Verbandsmitglieder nicht gebilligt werden. Es geht keineswegs an, über den Kopf der Verbandsleitung hinweg und ohne Zustimmung der maßgebenden Instanzen, ohne weiteres selbständig vorzugehen. Das verstößt sich im Interesse der Disziplin und des Ansehens unseres Verbandes auch von selbst. Für unsere Mitglieder darf nie die Ansicht turbulenter Elemente auch nur irgendwie maßgebend sein. Derartige Vorkommnisse können auch zu äußerst weittragenden Folgen führen, deren Verantwortung dann wieder auf den Verband zurückfällt. Darum, Kollegen und Kolleginnen, selbst in schwierigen Situationen, niemals ein unüberlegtes, disziplinwidriges Vorgehen!

Sachsen-Thüringen.

Lohnerhöhungen. Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien beschloß in seiner Generalversammlung am 25. Juni, die in Greiz abgehalten wurde, folgende Lohnerhöhungen zu gewähren:

Nach dem bestehenden Tarif,	
Position 1: Cachemire, für alle Breiten	10 %
alle übrigen Positionen	
bis 110 cm Blattbreite mindestens	20 %
von 110-130 cm	15 %
über 130 cm	10 %
stückfarbige Herrenstoffe	5 %

Erstmals werden die neuen Löhne am Freitag, den 4. Oktober d. Js. zur Auszahlung gelangen.

Greiz, den 25. Juni 1912.

Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien, Eingetragener Verein.

Ortsgruppe Greiz.

Der Vorstand: Emil Nusch.

Die „Greizer Zeitung“ schreibt hierzu: „Seit Bestehen des im Jahre 1904 gegründeten Verbandes ist dies die 6. Lohnerhöhung, und zwar die größte und höchste. Die jetzige bis 20prozentige Erhöhung der Löhne ist eine vollkommen freiwillige. Jergendwelche Anträge oder Anregungen dazu aus den Arbeiterkreisen haben nicht vorgelegen oder die Veranlassung dazu gegeben. (Schon im Jahre 1911 verlangte unsere Ortsgruppe die Erhöhung der Löhne um 15% D. B.) Die Lohnerhöhung soll dazu beitragen, das wirtschaftliche Niveau der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter zu heben und so den jetzigen teuren Zeitläufen Rechnung zu tragen. Von welchem großem wirtschaftlichem Wert diese erfreuliche und hoch anzuerkennende Maßnahme ist, mögen einige Zahlen besagen. Der sechsten ausgegebene Geschäftsbericht für 1911 weist nach, daß der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien zur Zeit 297 Mitglieder zählt, die 35020 Webstühle besitzen. Der Verband umfaßt die Ortsgruppen Gitterberg, Gera, Greiz, Meerane-Glauchau, Pörsneck, Reichenbach-Mylau-Nesslau und Ronneburg-Weida. In all diesen Bezirken wird der Vorteil der dankenswerten Lohnerhöhung der Arbeiterschaft zuteil. Möge dieser Beschluß dazu führen, daß sich unsere Industrie auch fernerhin mit einem treuen Stamm tüchtiger Mitarbeiter trotz der mehr und mehr erschwerten Verhältnisse, vorwärts und aufwärts entwickeln kann.“ Auf diesen Ausführungen und auf die Lohnerhöhungen selbst werden wir in einem späteren Artikel zurückkommen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wühl. Beim Fabrikeintritt bei der Firma Rogelet ist auch ein Mitglied unseres Verbandes zu Tode gekommen. Die tödlich verunglückte Frau Grandjean geb. Marie Meyer gehörte dem Verband seit seinem Bestehen in Wühl an.

Die in unserem Statut für tödliche Unfälle vorgesehene Unfallunterstützung von 300 Mark sind nun am letzten Samstagabend dem Mann der verunglückten Kollegin ausbezahlt worden. Außerdem wurde ihm in Beisein des Gewerkschaftssekretärs Bilger-Mühlhausen namens des christl.

Textilarbeiterverbandes offiziell das innigste Beileid zum Ausdruck gebracht.

Dieser Unterstützungsfall wird von der Wühler Arbeiterschaft sehr lebhaft besprochen und auch in anerkannter Weise gewürdigt. Man ist wieder einmal mehr in der Ueberzeugung bestärkt, daß der christl. Textilarbeiterverband auch für die verschiedensten Bedarfsfälle des Lebens wie keine andere Organisation einzutreten in der Lage ist.

Colfbus. Kollege Spierkötter hielt uns in unserer Versammlung am 15. Juni eine Begrüßungsansprache; er wies auf die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften hin und schloß mit einem Appell zur eifrigen Mitarbeit. Die vom Vorsitzenden empfohlene Sammlung für die österreichischen Kollegen ergab den Betrag von 7,50 Mark.

Der Kollege Spierkötter sprach sodann über die Verbandsgeneralversammlung. Nach einer eingehenden Diskussion fand ein Antrag einstimmige Annahme, der die Verbandsgeneralversammlung ersucht, die Arbeitslosenunterstützung so zu ändern, daß die Aufrechnung der einzelnen Arbeitslosentage befristet wird. Durch einen weiteren Beschluß wurde der Ortsgruppenvorstand beauftragt, an die Verbandsgeneralversammlung den Antrag zu stellen, die gesamten Unterstützungsbedingungen, sowie die dazu gehörenden Erklärungen möchten in Broschürenform herausgegeben werden. Zum Schluß sprach Kollege Spierkötter noch über den von den „Verlinern“ verursachten Gewerkschaftstreik, empfahl den Mitgliedern, sich die Erklärungen des Gesamtverbandes sowie unseres Zentralverbandes zu eigen zu machen. Ueber einige Anregungen des Vorsitzenden, die Verbandsgeneralversammlung betreffend, soll in der nächsten Generalversammlung Beschluß gefaßt werden.

M-Glabach. Der Bericht in Nr. 22 unserer Zeitung über die Bewegung bei der Firma Hertmanni und Deußen scheint den Genossen sehr in die Glieder gefahren zu sein. In Nr. 25 bringt „der Textilarbeiter“ ein ungefähr 3/4 Spalten umfassendes Lamento, das alles andere, nur keine Widerlegung unserer Mitteilung enthält. Eine ganze Anzahl von Bewegungen wird seitens der Genossen aufgeführt, wo sie nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Wir verließen schon ihre Vertreibungen, die darauf ausgehen, den „Brüder in Christo“ wie sie sich in Glabach auszudrücken belieben, das schmerzstillende Halsband umzulegen. Schade, daß sie in diesem Streben bei den bösen Christlichen so wenig Unterstützung finden. So lange sie schimpfen, sind wir noch auf gutem Wege, wenn diese aber aufhört, oder sie mit uns zufrieden sind, ist es Zeit zum ordentlichen Nachdenken, wohin der Weg führt. Wenn der Artikelschreiber bei Aufzählung seines Berichtes das Nachdenken nicht vergessen hätte, würde er mit seinen Behauptungen resp. mit dem Zitierten etwas vorsichtiger gewesen sein. Um zu beweisen, daß der christliche Verband nichts leistet, wird darauf hingewiesen, daß der Durchschnittslohn der Textilarbeiter in Rheinland und Westfalen im vergangenen Jahre um zwei Mark gefallen sein soll. Ob dies zutrifft, wissen wir nicht, denn auf Anfrage teilte die Geschäftsstelle der Berufsgenossenschaft mit, daß der offizielle Bericht erst in 14 Tagen erscheinen würde. Sollte es aber wirklich zutreffen, so wird jeden Einsichtigen dieser „große“ Rückschlag nicht wundern. Es ist nämlich eine alte und bekannte Tatsache, daß eine Krise auch auf das Arbeitsverdienst von bedeutendem Einflusse ist. Die Erfahrung scheint man sich auf der „guterischen“ Seite noch nicht angeeignet zu haben. Des ferneren soll das Verhalten des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter „auch gewaltig unsere M-Glabacher Christen in der Agitation hemmen“. Dies ist hier ganz neu. So was spukt nur in den Köpfen der Genossen; hier ist wahrscheinlich wieder der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Im Anschlusse hieran wird dann berichtet:

„Es ist den Mitgliedern des deutschen Textilarbeiterverbandes gar nicht eingefallen, bei der Firma Hertmanni und Deußen Streikbruch zu begehen.“ Nach sozialdemokratischen Grundföhen wollen wir dieses gerne gelten lassen. Die Genossen können ja nur dann Streikbruch begehen, wenn sich Genossen im Streike befinden. Bei christlich organisierten wird ein anderer Maßstab angelegt. Indirekt wird auch der Beschluß der Gaufkonferenz bestätigt, wonach man sich sozialdemokratischerseits nur an einer Bewegung beteiligt, wenn Streikbureau und Versammlung gemeinsam gehalten wurde. Dieses zu leugnen, wird mit keinem Worte versucht. Die separaten Versammlungen sind ihnen noch immer ein Dorn im Auge. Der Beschluß unsererseits, gemeinsame Versammlungen nicht mehr zu halten, muß die Genossen an einer wunden Stelle getroffen haben, was sich in dem vorbezeichneten Beschlusse der Gaufkonferenz kennzeichnet. Nur sozialdemokratische Tendenzen sind es, die den Genossen die Richtlinien angeben. Einerlei, ob dadurch die Arbeiterinteressen leiden. Sie mögen deshalb ruhig vor der eigenen Tür lehren, Schmutz wird sich genügend vorfinden. Die Mitglieder unseres Verbandes mögen deshalb mit noch größerer Energie die Machtgelfäfte der Genossen in die gebührenden Schranken weisen und noch mehr wie bisher an der Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes sich betätigen.

Krefeld. Gewerkschaftliche Betrachtungen aus der Krefelder Bewegung. Krefeld kann in gewerkschaftlicher Beziehung als historischer Ort angesehen werden. Es sei nur darauf hingewiesen, daß hier die Wiege des früheren Niederrh. Verbandes christlicher Textilarbeiter gestanden hat, der 1898 gegründet wurde und bekanntlich 1901 in den Zentralverband christlicher Textilarbeiter überging. Fast gleichzeitig wurde auch der „Niederrheinische Webereverband“ von Hintermännern des „Deutschen“ Textilarbeiterverbandes ins Leben gerufen, und zwar zu dem Zwecke, um die Niederrheinische Textilarbeiterschaft auf Umwegen in das sozialdemokratische Lager zu führen. Bereits nach einigen Lebensjahren sollte er von seinem sozialdemokratischen Bruder verschluckt werden. Das ging zwar nicht so leicht und schnell, wie sich das vielleicht manche Leute gedacht hatten. Die Geister, die man gerufen, wurde man so leicht nicht mehr los. Wenn auch schließlich der Webereverband in seinem alten Gesigle durch die Winterarbeit der „roten Freunde“ auseinandergerissen wurde, so blieb dennoch ein Ueberbleibsel als Lokalorganisation bestehen. Die abgestoßenen Mitglieder gingen einestheils zum sozialdemokratischen, andernteils zum christlichen Verbände über.

In den damaligen Jahren wurden unter den drei bestehenden Organisationen schwere Kämpfe geführt. Galt zuerst der Kampf dem christlichen Verbände von seiten der zwei Rivalen, so gab es aber auch vor und nach der Auflösung des Webereverbandes überaus erbitterte Kämpfe zwischen dem letzteren und dem sozialdemokratischen Verbände. Tretet die Führer vor den Bauch und streichelt die Mitglieder, das war das Rezept, nach dem die radikalen Elemente haben wie drüben den Kampf führten.

Unter solchen Umständen war es nicht verwunderlich, daß ein echter gewerkschaftlicher Geist sich nicht durchzusetzen vermochte. Im Gegenteil wurde durch all die Phrasen, Be-

schimpfungen, Verleumdungen und besonders durch all die persönlichen Gehässigkeiten, die in der Presse und in den Versammlungen an der Tagesordnung waren, eine total oberflächliche Schulung und nicht zuletzt eine Truppe gewerkschaftlicher Kampfnaturen im üblen Sinn des Wortes erzeugt. Besonders war der fortgesetzte Kampf auch daran Schuld, daß sich die radikalsten Ideen in der Krefelder Arbeiterschaft festsetzten.

Man hätte nun annehmen sollen, daß die Gewerkschaftsbewegung in Krefeld im Verlaufe der Jahre durch ihre Erfahrungen von den phrasenhaften und unbegründbaren Ideen, wodurch der Bewegung nur fortgesetzter Schaden zugefügt worden ist, sich freigemacht hätte. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Die Bewegungen wurden von den gegnerischen Verbänden in der Regel so geführt, daß der Radikalismus auf seine Rechnung kam. Der sozialdemokratische Verband hatte in seinem abgewürgten Sohn „Webereverband“, der später unter der Flagge „Freie Vereinigung“ sich präsentierte, in punkto Radikalismus stets seinen schärfsten Rivalen. Zum guten Schluß wurde jedoch der sozialdemokratische Verband durch die Verhältnisse gezwungen, vor der „Freien Vereinigung“ die Segel zu streichen. Er konnte auf der radikalen Bahn nicht mehr weiter, wollte er sich nicht ins eigene Fleisch schneiden. Umso mehr ging in den letzten Jahren die „Freie Vereinigung“ dazu über, ihre radikal-anarchistischen Ideen in die Mitgliederkreise des sozialdemokratischen Verbandes zu tragen. Besonders hat sie eine wüste Hege gegen die Beamten der Zentralverbände infanteriert. Gehälter, Agitationskosten u. dergl. müssen in erster Linie herhalten. Betrüger, Kapitalistenknechte, Faulenzer sind auch beliebte Kraftworte. Das alles fand und findet heute noch bei dem radikal veranlagten Teil der Krefelder Arbeiterschaft Anklang. Es sei nur an den Verlauf der verschiedenen Bewegungen der letzten Zeit erinnert, wo besonders dem sozialdemokratischen Verband und seinen örtlichen Führern übel mitgespielt wurde.

Kurz und gut, die „Freie Vereinigung“ findet bei jeder Bewegung bei den radikal erzogenen Mitgliedern des sozialdemokratischen Verbandes Anschluss. Diese Freunde operieren dann stets nach anarchischen Grundföhen getreulich zusammen. Die Unterstützungsleistungen der Zentralverbände werden ebenfalls entschieden bekämpft. Da die „Freie Vereinigung“ selbst keine Unterstützungsleistungen hat, so kann sie mit einem Wochenbeitrage von 30 Pfg. auskommen. Durch diese „billigen Beiträge“ und durch die fortgesetzte Winterarbeit gegen die Zentralverbände und deren Leitung hat die „Freie Vereinigung“ immer mehr „Verärgerte“ und vor allen Dingen auch beitragscheue Elemente an sich gezogen. Selbst der indifferente Teil der Arbeiterschaft sympathisiert mit ihr. Unter den geschilderten Verhältnissen ist es begreiflich, daß auch in den letzten Jahren die gewerkschaftliche Schulung der Krefelder Arbeiterschaft eher rückwärts als vorwärts geschritten ist. Es herrscht zeitweise die wahre Anarchie in der hiesigen Arbeiterschaft.

Mit der vorstehenden Schilderung sollte gezeigt werden, daß Krefeld ein sehr schwer zu bearbeitender Boden ist. Soll man sich nun darüber wundern, wenn auch bei einzelnen Mitgliedern unseres Verbandes sich eine Abföhrung der anarcho-sozialistischen Ideen bemerkbar macht? Das dies der Fall ist, hat die letzte Zeit bewiesen. Es gibt in unserer Ortsgruppe Krefeld Kollegen, die zwar jeder praktischen Arbeit geflissentlich ausweichen, andererseits aber stets zur Stelle sind, wenn es heißt, notwendige Reformarbeit aufzuhalten bzw. zu verhindern. Auch sie schlagen dann bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf die leitenden Instanzen los, dabei spielen sie sich gern als die Beschöher der Mitglieder auf. Das Verhalten dieser Kollegen hat der Ortsgruppe Krefeld in dem Bestreben, den neueren Verhältnissen und Reformen im Verbände Rechnung zu tragen, viel unnötige Arbeit gemacht und Erbitterung in die Mitgliederkreise hineingetragen. Nur der unermüdllichen Ausdauer der leitenden Instanzen und aller gutgefinnten Mitglieder ist es zu danken, wenn einzelne Quertreiber ihr Ziel nicht erreichten. Im Nachfolgenden soll des näheren über die letzten Veranlassungen und Beschlüsse der Ortsgruppe einiges gesagt werden.

Reformen im Verbände zur Stärkung der Zentralkasse, das war seit längerer Zeit die Parole im Organ und in den Versammlungen. Die Vorschläge des Zentralvorstandes gingen dahin, die ganzen Wochenbeiträge an die Zentralkasse abzuführen und zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben Sozialbeiträge zu erheben. In Krefeld nahm eine allgemeine Vorstand- und Vertrauenspersonenitzung bereits am 9. August 1911 zu den Reformbestrebungen Stellung. Hier zeigte sich das Bestreben, neben anderen Reformen auch die Unterstützungen einzuschränken. Besonders ist man hier nicht erbaut von der Arbeitslosenunterstützung. In weiteren Vorstandssitzungen und Versammlungen nahm man in ähnlicher Weise Stellung. Eine Stärkung der Zentralkasse wurde als durchaus notwendig anerkannt. Von der Zentrale wurde betont, daß eine radikale Einschränkung der Unterstützungen mit Rücksicht auf die jüngeren Bezirke nicht möglich sei.

Ja einer gut besuchten Vorstand- und Vertrauenspersonenitzung am 30. April 1912 begründete Kollege Fischer von der Zentrale die von der Zentrale vorgeschlagenen Reformen. Er betonte aber auch, daß man dem Bestreben nach Einschränkung der Unterstützungen gerne so weit wie möglich entgegenkommen wolle. Durch Beschluß wurde festgesetzt, daß mit Ausnahme von drei Kollegen alle Anwesenden für einen Sozialbeitrag von 10 Pfg. für die erwachsenen männlichen und 5 Pfg. für alle jugendlichen und weiblichen Mitglieder waren. In einer Generalversammlung vom 19. Mai sollte ein definitiver Beschluß gefaßt werden. Kollege Heintmann referierte hier nochmals über die Lage des Verbandes und die notwendigen Reformen. Gleich bei Beginn der Diskussion aber wurden die Verhandlungen von einigen Diskussionrednern auf das denkbar tiefste Niveau heruntergedrückt. Die niedrigsten Leidenschaften wurden aufgeweckt. Daß dadurch eine Anzahl Mitglieder aus der Versammlung hinausgeekelt wurde, ist zu verstehen.

Ein Beschluß kam unter diesen Umständen nicht zustande. Die Quertreiber konnten mal wieder triumphieren. Auch dem Optimisten mußte es einleuchten, daß man es hier mit Leuten zu tun hatte, die nicht zu überzeugen sind, sondern die mit Absicht stets gegen den Strom schwimmen. Es ist erfreulich, zu beobachten, daß sich in unserer Mitgliedschaft das Bestreben zeigt, sich dieser einzelnen Quertreiber zu entledigen. Man hat es satt, dieser Leute halber nun insgeheim als Stänker verschrien zu werden.

Bei dieser Stimmung fühlte der Ortsgruppenvorstand sich verpflichtet, zu beschließen, in einer weiteren Generalversammlung zu der Sozialbeitragsfrage Stellung zu nehmen und Anträge an die Verbandsgeneralversammlung zu beraten. Diefelbe fand am Sonntag, den 16. Juni, statt. Vor derselben hatte der Vorstand mehrere Kollegen zu einer Vorbesprechung zwecks Verständigung über verschiedene Anträge

In Verbindung mit der Lokalbeitragsfrage eingeladen. An beiden Veranstaltungen nahm auch der Zentralvorsitzende Schiffer teil.

In der Vorbesprechung lagen folgende Anträge vor: Der nachfolgenden Generalversammlung der Ortsgruppe sollen die folgenden Anträge zur Beschlussfassung unterbreitet werden:

Die Generalversammlung der Ortsgruppe Krefeld erkennt die Notwendigkeit einer durchgreifenden Stärkung der Zentralkasse unseres Verbandes an. Zur Erreichung dieses Zieles ist aber notwendig, daß nicht nur Lokalbeiträge eingeführt werden, sondern, daß auch eine Ermäßigung der bis jetzt geltenden Unterstützungen vorgenommen wird.

Die Generalversammlung der Ortsgruppe beschließt deshalb, der Verbands-Generalversammlung nachstehende Anträge zu unterbreiten:

- 1. Die Karenzzeit soll bei der Krankenunterstützung von 7 auf 21 Tagen erhöht werden.
2. Die Arbeitslosenunterstützung soll bei unverschuldeter Arbeitslosigkeit und zwar nur bei Entlassungsfällen nach einer Karenzzeit von 7 Tagen bezahlt werden.
3. Die Beiträge werden wie folgt reformiert:
Alle männlichen Mitglieder über 18 Jahre bezahlen einen Lokalbeitrag von 10 Pfg.
Alle weiblichen und jugendlichen Mitglieder zahlen einen Lokalbeitrag von 5 Pfg. wöchentlich.

Weiter lag der Antrag vor, eine Beitragsreform im Sinne der vorstehenden Anträge ab 1. Juli für die Ortsgruppe Krefeld in Kraft treten zu lassen.

Im Verlaufe der sich an die Anträge anschließenden Besprechung wurde darauf hingewiesen, daß nach der Stimmung im Verbandsrat die Anträge betreffs Erweiterung der Karenzzeit bei den Unterstützungen auf der Verbands-Generalversammlung keine Mehrheit finden würden. Kollege Delbrück will sie jedoch als ein Gegengewicht gegen etwaige Bestrebungen auf Erweiterung der Unterstützungen gelten lassen. In diesem Sinne gaben auch die andern Kollegen ihre Zustimmung zu denselben.

Nachdem verschiedene Kollegen ihre Stellung zu den Anträgen dargelegt hatten, wurde gegen eine Stimme beschlossen, dieselben der Ortsgruppen-Generalversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

Diese nahm dieselben mit Ausnahme des Antrages betreffs Einschränkung der Krankenunterstützung mit großer Mehrheit an. Ueber den Verlauf der Generalversammlung und der in derselben gestellten weiteren Anträge wollen wir noch besonders berichten. Vorweg sei aber gesagt, daß über das Resultat der Versammlung allenthalben Genugtuung herrscht, wenn auch über den Verlauf derselben bezw. über das Verhalten einzelner Kollegen Entrüstung herrscht.

Liebau i. Schl. Infolge Kurzschlusses der elektrischen Lichtanlage entfiel am 12. Juni in der Wihard'schen Flachsgarnspinnerei ein Brand. Die Lichtanlage und ein Teil des Daches wurden vernichtet. Eine feuerfeste Tür, welche in die Hecherei und das Flachsmagazin führte, verhinderte das weitere Vordringen des verheerenden Elements, wodurch ein größerer Schaden für Firma und Arbeiter verhütet wurde. Jedoch dürfte der Betrieb einige Zeit ruhen. Wären die Arbeiter unserem Verband angeschlossen, hätten sie Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung.

Osbergshausen. In unserer letzten Mitgliederversammlung wurde einstimmig beschlossen, den im vorigen Jahre eingeführten Lokalbeitrag von 5 Pfg. pro zwei Wochen vom 1. Juli ab jede Woche zu erheben. Dafür soll, wenn die Kassenverhältnisse es gestatten, vom 1. Januar 1913 ab in gewissen Krankheitsfällen eine besondere Unterstützung gewährt werden.

Sodann wurde über einen gemeinsamen Ausflug der Aggertaler Gruppe beraten. Eine viergliedrige Kommission wurde mit den nötigen Vorarbeiten betraut.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der ortsübliche Tagelohn in Westfalen. Der ortsübliche Tagelohn, dessen Festsetzung bislang gemäß § 8 des Krankenversicherungsgesetzes durch die höheren Verwaltungsbehörden nach Anhörung der Arbeitgeber und der Versicherungsanstalten erfolgte, hat für eine ganze Reihe von Verhältnissen, die besonders die arbeitenden Klassen betreffen, Bedeutung. Für die Arbeiterversicherung kommt er nach verschiedenen Richtungen in Betracht. Auch das Reichsgesetz betreffend die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften bemittelt die Unterstützungen nach dem ortsüblichen Tagelohn. Die Gewerbeordnung verleiht dem ortsüblichen Tagelohne insofern Bedeutung, als sie bestimmt, daß der Arbeitgeber berechtigt ist, von dem Arbeiter, der rechtswidrig die Arbeit verläßt, für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit als Entschädigung den Betrag des ortsüblichen Tagelohnes zu verlangen, jedoch höchstens für die Dauer einer Woche, ohne daß die Forderung an den Nachweis eines Schadens gebunden ist. Gleiches Recht steht dem Arbeiter zu, wenn er von dem Arbeitgeber vor rechtswidriger Verwendung des Arbeitsverhältnisses entlassen worden ist. Auch nach anderer Richtung hat der ortsübliche Tagelohn Bedeutung und gerade jetzt anlässlich der Einführung der Reichsversicherungsvorschriften wäre alle Veranlassung gegeben, sich mit diesem Lohne eingehender zu beschäftigen.

Wenn man die oben verbriefte man unter ortsüblichem Tagelohn den Lohn, den ein ungelernter Arbeiter an irgend einem Orte Tag für Tag als Mindestlohn verdienen kann. Diese Norm läßt erhebliche Schwankungen erkennen. Nach den allernuesten statistischen Erhebungen schwankt der ortsübliche Tagelohn des erwachsenen männlichen Arbeiters im Regierungsbezirk Münster zwischen 2 M. und 3,30 M., im Regierungsbezirk Minden zwischen 2 M. und 3 M., und im Regierungsbezirk Arnberg zwischen 2,30 M. und 3,40 M. Der ortsübliche Tagelohn beträgt in den Städten Münster 3 M., Heddinghausen 3,30 M., Bielefeld 3 M., Herford 2,75 M., Bielefeld 3,30 M., Dortmund 3,30 M., Gelsenkirchen 3,40 M., Duer 3,30 M., Hagen 3,20 M., Hamm

3 M., Herne 3 M., Hörde 3 M., Iserlohn 3,20 M., Witten 3 M., Söest 3 M., Paderborn 2,80 M., Bielefeld 2,80 M., Ahrenscheid 3 M., Lippstadt 2,70 M., Warburg 2,25 M., Minden 2,50 M., Salzfotten 3 M., Rheine 2,50 M., Dorsten 3 M., und Hocholt 2,90 M. Von Landgemeinden, in denen der ortsübliche Tagelohn sehr hoch steht, nennen wir Gladbeck 3,30 M., Bottrop 3,30 M., Serten 3,30 M., Horst 3,30 M.

Streiks und Aussperrungen in Bayern im Jahre 1911.

Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Landesamts betragen im vergangenen Jahre die Zahl der Streiks 265 (1910 260), der Aussperrungen 13 (1910 13). In beiden Fällen ergab sich ein nachweisbarer Verlust an Arbeitslohn von 874 201 Mark. An den Streiks waren 19 439, an den Aussperrungen 5 335 Arbeiter beteiligt. Streiks endeten 68 mit 2 963 Arbeitern mit vollem Erfolg, 105 mit 10 397 mit teilweisem und 92 mit 6 079 Arbeitern ohne Erfolg. Von den 13 Aussperrungen endeten 8 mit 5 174 Arbeitern mit vollem Erfolg (also zugunsten der Arbeitgeber), 2 mit 122 Arbeitern mit teilweisem, 3 mit 39 Arbeitern ohne Erfolg. Wegen Arbeitslohn fanden Streiks statt in 124 Fällen mit 7 662 Arbeitern, Aussperrungen 3 mit 158 Arbeitern; wegen Arbeitszeit 4 Streiks mit 386 Arbeitern, Aussperrungen keine; wegen Lohn und Arbeitszeit 59 Streiks mit 7 610 Arbeitern, Aussperrungen 1 mit 136 Arbeitern; wegen anderer Bedingungen 78 Streiks mit 3 781 Arbeitern und 10 Aussperrungen 5 041 Arbeitern. In den meisten Fällen gaben die Forderungen nach Erhöhung des Arbeitslohnes und Wiederherstellung entlassener Arbeiter den Anlaß zu Arbeitseinstellungen.

Auf die einzelnen Gewerbegruppen verteilen sich die Zahlen der Streiks 1911 in Bayern und der daran beteiligten Arbeiter wie folgt (in Klammern die Zahlen von 1910): Kunst und Handwerkszunft 1 Fall mit 41 beteiligten Arbeitern, Bergbau 1 mit 21 (4 mit 1964), Steine und Erde 47 mit 2 795 (28 mit 1381), Metallverarbeitung 17 mit 3 954 (21 mit 1 772), Maschinen und Instrumente 12 mit 787 (21 mit 2 046), chemische Industrie 6 mit 2 264 (5 mit 1 796), Textilindustrie 11 mit 870 (12 mit 1 222), Papierindustrie 6 mit 404 (9 mit 828), Lederindustrie 3 mit 189 (6 mit 171), Holz- und Schnitzstoffe 35 mit 2 150 (19 mit 934), Nahrungs- und Genussmittel 24 mit 625 (9 mit 128), Bekleidung und Reinigung 16 mit 618 (28 mit 1 511), Baugewerbe 70 mit 3 842 (76 mit 4 348), polygraphische Gewerbe 1 mit 8 (6 mit 394), Handelsgewerbe 6 mit 102 (2 mit 30), Verkehrsgewerbe 6 mit 739 (8 mit 286), Gastwirtschaftsgewerbe 3 mit 30 (2 mit 38).

Betreff der Streiks war hiernach nach der Zahl der beteiligten Arbeiter 1911 die Metallverarbeitungsindustrie am stärksten in Mitleidenschaft gezogen; das Baugewerbe, das wiederum die meisten Streikfälle aufweist, schließt sich an zweiter Stelle an, worauf die Industrie der Steine und Erde, die chemische Industrie und die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe folgen. In einigen Branchen haben die Arbeitskämpfe nachgelassen, namentlich im Bergbau, im Maschinenbau und im Bekleidungs-gewerbe. An größeren Ausständen sind zu nennen: die Streiks der Metallarbeiter mit 2 770 und der Specksteinbrenner mit 729 Streikenden in Nürnberg, der Leersfarbena-fabrikarbeiter mit 2 153 Ausständigen in Ludwigshafen a. Rh. sowie der Holzarbeiterstreik in Fürth, an welchem 1 400 Arbeiter beteiligt waren.

Die Aussperrungen gliedern sich nach Gewerbegruppen folgendermaßen: Steine und Erde 2 Fälle mit 298 beteiligten Arbeitern (1910 1 mit 21), Maschinen und Instrumente 1 mit 136, Textilindustrie 2 mit 4743 (1 mit 28), Holz- und Schnitzstoffe 3 mit 53 (2 mit 92), Baugewerbe 3 mit 31 (1910 69 Fälle mit 18 656 Arbeitern, allgemeine Aussperrung anlässlich der Tarifbewegung), Verkehrsgewerbe 1 mit 74. Die Höchstzahl der Aussperrten entfällt durch die große Aussperrung der Weber in Hof auf die Textilindustrie. In den übrigen Gewerben haben nennenswerte Aussperrungen nicht stattgefunden. Der nachweisbare Verlust an Arbeitslohn bei den Streiks und Aussperrungen betrug in Bayern 1911 874 201 Mark, 1910 2 902 897 Mark, 1909 890 851 Mark. Die hohe Summe von 1910 resultiert sich hauptsächlich von der Bauarbeiteraussperrung.

Briefkasten.

Joh. E. Werden. Skizze ist ganz hübsch, an einigen Stellen nur übertrieben und zu weichlich. Werden sie mit einigen Verbesserungen demnächst bringen. Müßt dich üben. Besten Dank und Gruß.

Nach Cottbus. Du bist im Irrtum. Es ist nicht notwendig, daß mehr Kandidaten aufgestellt und auf den Wahlschein gedruckt werden, als Delegierte zu wählen sind. Wo man sich über die Delegierten einigt, würden wir das nicht einmal empfehlen. Wo keine Einigung zu erzielen ist, ist die Sache eine andere. Auch dann, wenn die Zahl der Kandidaten der Zahl der zu wählenden Delegierten gleich ist, ist die freie Entschliessung der Mitglieder gewahrt. Sie können auf den Zetteln nach Belieben Namen schreiben und sie durch ihnen passende ersetzen. Sie sind zur Wahl der von dem Komitee vorgeschlagenen Kandidaten nicht verpflichtet.

Versammlungskalender.

- Altenberg. 21. Juli, 11 1/2 Uhr, bei Hub. Brandt, Generalversammlung.
Bergheim. 7. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Gustav Erhoff, außerordentliche Generalversammlung.
Borgholz. 7. Juli, 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg, Generalversammlung.
Burgweilertal. 7. Juli, 10 1/2 Uhr, bei Joh. Stehr, Generalversammlung.

- Dülken. 14. Juli, 11 Uhr, im Lokale M. Nemein, außerordentliche Generalversammlung.
Düsseldorf. 10. Juli, bei Peter Büch, Martinstr., Generalversammlung.
Eupen. 7. Juli, 5 Uhr, im Lokale Berg-Schoenen, Neustr., Generalversammlung.
Gera. 13. Juli, 8 Uhr, im Lokale Kronprinz, Generalversg.
M.-Glabach-Giden. 13. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Wih. Franz (früher Keumers), Siedenerstraße, Generalversammlung.
M.-Glabach-Holt. 14. Juli, 11 Uhr, bei David Ares, Generalversammlung.
M.-Glabach-Lürrip. 14. Juli, 10 Uhr, bei Peter Hüfner, an der Kirche, Generalversammlung.
M.-Glabach-Wenn. 14. Juli, 1/2 7 Uhr, im Lokale von Leonhard Wefers, Boeth, Arbeiterinnerversammlung. Organisierte und Unorganisierte, sowie die Mütter der Arbeiterinnen sind freundlichst eingeladen.
M.-Glabach-Waldhausen. 13. Juli, 8 1/2 Uhr, im Lokale Joh. v. d. Burg, außerordentliche Generalversammlung.
Gardi. 14. Juli, 9 1/2 Uhr, bei Konrad Zeresen.
Hausen i. W. 11. Juli, 8 Uhr, im Lokale „Zum Eisenwerk“, Generalversammlung.
Sehn. 14. Juli, 11 Uhr, bei Magdalena Bofch.
Kohlscheid. 14. Juli, nach dem Hochamte, bei Peter Willeßen, Generalversammlung.
Krefeld-Hockum. 7. Juli, 11 Uhr, bei Heinrich Benger, Generalversammlung.
Lebt. 14. Juli, 11 Uhr, bei Heinr. Kramps.
Osbergshausen. 6. Juli, 8 Uhr, bei Karl Dismann, Wiehbrück, Generalversammlung.
Rhehdt. 7. Juli, Ausflug nach Wegberg-Lüschenbroich. Abfahrt 1,25 Uhr nachmittags ab Hauptbahnhof. Sammlung 1 Uhr Hauptbahnhof-Vorplatz.
Sorau (N.-L.). 18. Juli, im Gasthof „Zu den 3 Linden“, Generalversammlung.
Baals. 14. Juli, 11 1/2 Uhr, bei Arnold Gillissen, Quartalsversammlung.
Walheim. 14. Juli, 6 Uhr, bei Jakob Krott, am Bahnhof, Generalversammlung.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Rosa Schöpfer in Emsdetten.
Christoph Back in Roth.
Maria Mertens in Aachen-B.
Frau Grandjean in Bühl.
Hermann Bernhardt in Eilenburg.
Peter Roder in Aachen.
Wilhelm Flesters in Oedt.
August Wenk in Wehr.

Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Die akademischen Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands von Richard Kahn. Aus der Sammlung Kultur und Fortschritt. Felix Dietrichs Verlag, Gautsch & Leipzig. Preis 25 Pfg. Der Verfasser schildert die sogenannten neutralen akademischen Arbeiterunterrichtskurse sehr eingehend. Wir haben keine Veranlassung, uns für dieselben auszusprechen, da die sozialistische Bewegung, die von unserem bekannten Freunde Dr. Sonnenchein ausgeht, für unsere Bewegung von viel größerem Werte und von viel größerer Bedeutung ist, als es die vom Verfasser empfohlene neutrale Studentenbewegung nur sein könnte. Uebrigens verdient die Schrift den Titel „Die akademischen Arbeiterunterrichtskurse Deutschlands“ garnicht, da sie die von der M.-Glabacher Studentenzentrale gepflegten Kurse auch nicht mit einer Silbe erwähnt. Und doch handelt es sich hier um viele hundert, über das ganze Reich verbreitete Kurse, die sich in Arbeiterkreisen einer außerordentlichen Beliebtheit erfreuen.

Die reale Lösung der sozialen Frage nennt der Kaufmann J. Münter, Heilbronn am Neckar, seine Broschüre, die man zum Preise von 1 Mark vom Verfasser beziehen kann.

Aus dem Schriftchen weht uns eine wohlthuende Wärme für die Sache des Arbeiters und ein tief empfundenes Gerechtigkeitsbewußtsein entgegen. Die praktischen Vorschläge des Verfassers zur „Lösung“ der sozialen Frage sind gar recht interessant und schön, aber sie leiden an dem einen großen Mangel, daß sie praktisch nicht verwirklicht und auch im Falle der Verwirklichung die „Lösung“ der sozialen Frage nicht bringen würden. Man darf die soziale Frage nicht bloß als eine Gelsache ansehen. Dennoch ist das Schriftchen durchaus lesenswert und zu empfehlen.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Mannesmut mit Vorbehalt. — Der Massenstillstand im Gewerkschaftsstreit. — Nochmals der Zusammenbruch der Tarifbewegung in Neumünster. — Gewerkschaftliche Neugierden aus Aachen. — Allgemeine Rundschau: Der 8. Kongress der christlichen Gewerkschaften. — Der „deutsche“ Textilarbeiterverband, eine Rekrutenschule der Sozialdemokratie. — Ein bezeichnendes Vorkommnis. — Gewerkschaftsbeiträge und Steuererklärung. — Die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine. — Politische Betätigung der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine. — Aus Saarabien. — Wo sie am Aude sind! — Wegen pflichtwidriger Handlung seines Amtes enthoben. — Aus unterer Industrie: Ueber den Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie im Monat Mai. — Ueber die augenblickliche Lage und die Aussichten der internationalen Baumwollindustrie. — Zur Lage der deutschen Kammgarnspinnerei. — Aus dem Verbandsgebiete: Stimmen zur Verbandsgeneralversammlung. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitgkeiten: — Walsach. — Gronau i. W. — Sachsen-Thüringen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bhl. — Cottbus. — M.-Glabach. — Krefeld. — Liebau i. Schl. — Osbergshausen. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Der ortsübliche Tagelohn in Westfalen. — Streiks und Aussperrungen in Bayern im Jahre 1911. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.